

*Verpflichtet
der Einsender*

Mitteilungen *G. 295.*
ans der
livländischen Geschichte:

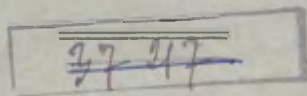
Herausgegeben
von der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde zu Riga.

Zweundzwanzigsten Bandes erstes Heft.

**Der Livländischen Güterurkunden
zweiter Band.**

Zur Einführung.

Eigenbericht des Herausgebers
Dr. Hermann von Bruiningk.



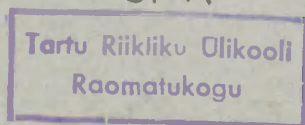
Riga, 1924.
Kommissionsverlag N. K y m m e l.

Gedruckt auf Verfügen der Gesellschaft für Geschichte und
Altertumskunde zu Riga.

Präsident: Arnold Fenereisen.

Riga, den 2. Dezember 1923.

Est-A



15431

Livländische Güterurkunden.

Band II.

Zur Einführung. Eigenbericht des Herausgebers
Dr. Hermann von Bruiningk.*)

Vorgetragen in den Sitzungen der Gesellschaft für Geschichte und
Altertumskunde zu Riga den 14. und 28. November 1923.

Die Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde hatte die Geduld gehabt, sich in ihrer Sitzung den 11. Mai 1921 einen umständlichen Bericht über die Arbeiten zur Herausgabe des Band II der „Livländischen Güterurkunden“ vortragen zu lassen, der in der Hauptsache mit dem vom Referenten anlässlich seiner 50-jährigen Mitgliedschaft der Gelehrten Estnischen Gesellschaft in Dorpat kurz zuvor unterbreiteten, in deren Sitzungsberichten v. J. 1921 zum Abdruck gelangten, Bericht übereinstimmte. Darin wurde einerseits der Plan und Gang der Arbeiten ausführlich entwickelt und andererseits dargelegt, welcher wissenschaftliche Gewinn von der etwaigen, damals noch höchst fraglichen, Drucklegung zu erwarten sei, wobei auf einige Einzelheiten, u. a. auf das Verfahren der livländischen Gerichte, näher eingegangen und hervorgehoben wurde, wie vorteilhaft es sich vom Verfahren des Reichskammergerichts unterscheide.

Der Zweifel, ob der Gesellschaft durch einen Vortrag über die Ergebnisse der Arbeit eine weitere Geduldsprobe zugemutet werden dürfe, wurde durch den ausdrücklich ausgesprochenen Wunsch zum Schweigen gebracht. Auch galt es, gelegentlich der nach Überwindung schier massloser Schwierigkeiten nun schliesslich doch möglich gewordenen Vorlegung des im Druck vollendeten Band II, in Dankbarkeit dessen zu gedenken, dass die Initiative zu der innerhalb der voraussichtlich erreichbaren Grenzen zum Abschluss gebrachten Sammelarbeit George Berkholz zuzuschreiben ist. War doch er es gewesen, der als Präsident unserer Gesellschaft vor gerade einem halben Jahrhundert durch den am 1. Dezember 1873 an das ehemalige Livländische Land-

*) Der vollständige Titel lautet: Livländische Güterurkunden (aus den Jahren 1501 bis 1545). Im Auftrage und auf Kosten des Lettländischen Bildungsministeriums herausgegeben von Dr. Hermann von Bruiningk. Band II der Livländischen Güterurkunden. Riga, 1923. Kommissionsverlag von A. Gulbis. Druck von W. F. Häcker (XXIII + 923 S., Lex.-8°).

ratskollegium gerichteten Antrag wegen Erlass einer Aufforderung an alle livländischen Gutsbesitzer, die in ihrem Besitz befindlichen älteren Urkunden einzusenden, auf den grossen wissenschaftlichen Wert dieser im Privatbesitze der Erforschung entzogenen und allerhand Verlustmöglichkeiten beständig ausgesetzten Geschichtsquellen die hierfür der Wissenschaft gegenüber in erster Linie verantwortlichen Kreise in nachdrücklicher Weise zuerst aufmerksam gemacht hatte¹⁾. Auch hatte Berkholz es verstanden, das Interesse unserer Gesellschaft für diese von ihr bis dahin wenig beachtete Gruppe von Geschichtsquellen so nachhaltig zu beleben, dass sie sich seitdem nichts hat entgehen lassen, was damit zusammenhing, und sie vor einigen Jahren, als der eben begonnene Druck des II. Bandes unter der Einwirkung des allgemeinen Zusammenbruchs eingestellt werden musste, trotz der überaus schwierigen Finanzlage der Gesellschaft, um einem vollständigen Stillstande vorzubeugen, gar die Mittel für die Drucklegung einiger weiterer Bogen zur Verfügung hatte stellen wollen, – ein Opfer, das nur dank der mittlerweile von unserem Bildungsministerium in munifizenter Weise übernommenen Finanzierung der Herausgabe nicht angenommen zu werden brauchte. Wenn es scheinen möchte, als ob der unter den erwähnten Umständen selbstverständlichen Pflicht, der Gesellschaft Rechenschaft abzulegen, durch die Vorlegung des fertiggedruckten Bandes in bester Weise Genüge geschehen sei, so bringen die eigentümlichen Verhältnisse, unter denen die Arbeit ausgeführt wurde, es mit sich, dass der Herausgeber von der ihm gebotenen Möglichkeit, hierauf aufmerksam zu machen, gern Gebrauch macht.

Bei Benutzung des Bandes wolle man sich vor Augen halten, dass die Absicht, dem 1908 erschienenen I. Bande weitere Bände folgen zu lassen, aufgegeben worden war und, als nach Kriegsausbruch die Arbeiten wieder aufgenommen wurden, daran erst recht nicht gedacht werden konnte, sondern es sich nur darum handelte, den schlimmsten Folgen der damals drohenden Gefahr einer Verschleppung der Archivalien nach Russland durch Anfertigung von Kopien vorzubeugen. Es

¹⁾ Dass der Herausgeber (damals noch Student) kurz zuvor, in der Sitzung der Gelehrten Estnischen Gesellschaft in Dorpat den 3./15. Oktober 1873, einen Vortrag über alte livländische Gutsbriefladen gehalten und sich über die Notwendigkeit einer Ergänzung der Bunge-Tollischen „Est- und Livländischen Brieflade“ geäussert hatte, wusste Berkholz nicht. Ein seltsamer Zufall hat es so gefügt, dass das Vorwort des jetzt erschienenen II. Bandes der „Livländischen Güterurkunden“ vom 15. Oktober 1923 datiert ist, so dass zwischen beiden Tagen genau ein halbes Jahrhundert liegt. Dessen sind wir erst kürzlich, unlänglich der Übersendung dieses Bandes nach Dorpat, gewahr geworden.

handelte sich folglich um eine in grösster Eile auszuführende Sicherungs- und Bergungsarbeit, die sich gleichwohl nicht als Hastarbeit qualifizieren und auch nicht mit der Erreichung des diesem Bande gesetzten Endtermins, des Jahres 1545, zufrieden geben dürfte, sondern sich womöglich bis zum Jahre 1561 erstrecken sollte. Der Verlauf des Krieges änderte zwar die Art der Gefahr, aber länger als 4 Jahre, bis zur Erledigung der „Bermondtiade“, galt es, Gefahren der einen oder anderen Art zu begegnen, und dieser Gesichtspunkt blieb bis dahin der für die Führung der Arbeiten bestimmende. War es schon nicht leicht, die Abschriftnahme, der die Kollation unverzüglich folgen musste, innerhalb der engeren Zeitgrenze durchzuführen, so erst recht bei Ansetzung des Jahres 1561 als terminus ad quem, wodurch sich die Menge der Vorlagen nahezu verdoppelte. Doch die „atra cura“ um die in vieljähriger amtlicher Fürsorge liebgewonnenen Archivalien diente als Ansporn, der alles möglich machte. So glückte es, die Urkunden des ganzen Zeitraums aufzuarbeiten und zwar nicht nur die im eigenen Archiv befindlichen, der eigenen Fürsorge anvertrauten, sondern alle nur irgend erreichbaren, so dass, gleichwie für die Jahre 1501 bis 1545, auch für einen von 1546 bis 1561 reichenden Schlussband das Material in der Hauptsache ebenfalls vollständig vorliegt. Die Anzahl der auf einen 3. Band entfallenden, in Abschriften oder Auszügen vorliegenden Urkunden beläuft sich z. Z. auf etwa 954 Nummern. Auch Professor Haussmanns Abschriften aus dem Reichskammergerichts-Archiv sind für diesen Zeitraum bereits aufgearbeitet. Allein diese Quelle ergab 216 Nummern, folglich mehr als die auf den II. Band entfallende Ausbeute beträgt. Speziell hierdurch hoffen wir die Herausgabe des III. Bandes nicht wenig erleichtert zu haben, denn ohne rechtshistorische Kenntnisse, namentlich des älteren gemeinrechtlichen Zivilprozesses, dürfte es schwer fallen, die in Rede stehenden Materialien für unseren Zweck richtig zu bewerten. Ein Nichtjurist, der sich dem Wust der alten gemeinrechtlichen Prozessakten gegenübergestellt sieht, wird u. a. die für uns tatsächlich meist belanglosen zahlreichen Anträge, Schriften und prozessleitenden Verfügungen der lediglich in dilatorischer oder prozesshindernder Absicht von den Advokaten im Kammergericht veranlassten mancherlei Zwischenverfahren und ähnliches leicht überschätzen und den ihm unentwirrbar erscheinenden Knäuel schliesslich liegen lassen. Daran sind viele Arbeiten gescheitert, und so dürfte es sich erklären, dass die alten Justizarchive fast überall ungeordnet und unverarbeitet geblieben sind. Aber was für ungehobene rechtsgeschichtliche, geschichtliche und kulturgeschichtliche Schätze verschiedenster Art verbergen sich nicht in jenem Wust! Davon ist das meiste gewiss längst in die Papier-

mühle gewandert, aber vieles schläft dort noch immer den Dornröschenschlaf. Dass wir, wenn auch nicht viel, so doch einiges davon aus unseren altlivländischen Prozessakten zur Geltung haben bringen können, verdanken wir Hausmann, dessen unvergängliches Verdienst es ist, diesen Schatz entdeckt und seine Verwertung ermöglicht zu haben.

Grössere Ergänzungen dürften für den III. Band, wie es scheint, nur aus dem ehemaligen Kurländischen Landesarchiv und aus dem Riksarkiv zu Stockholm erforderlich sein, wiewohl letzteres für diesen Zeitraum zum nicht geringen Teil, auch schon ausgebeutet ist.

In die dem Fortgang der Arbeiten anfänglich drohenden Gefahren wurde an anderer Stelle ein kleiner Einblick gegeben, nicht aber in die mancherlei Hindernisse und Erschwerungen, die bis zuletzt die ständige Begleitung unserer Arbeiten gebildet haben. Erwähnt sei nur die Schwierigkeit, mit der Herausgabe eines Werkes, wie das vorliegende es ist, die Verwaltung eines grossen Archivs zu verbinden, und zwar als dessen allereinziger Beamter, der, ohne die Möglichkeit einer Stellvertretung, jahraus jahrein, tagaus tagein im Archivlokal stets anwesend sein muss. Was sich nicht im eigenen Archiv und in der eigenen Handbibliothek befand, war unter solchen Umständen schwer benutzbar, und anders als brieflich konnten Auskünfte selten erlangt werden. Wenn allein schon mit Rücksicht auf die hier kurz skizzierten Verhältnisse die Beigabe eines ähnlichen Apparats erläuternder Anmerkungen vorwiegend topographischen Inhalts, wie der I. Band ihn aufweist, nicht in Aussicht genommen werden konnte, so war solches zudem durch die Notwendigkeit, im II. Bande für eine sehr viel grössere Menge von Urkunden als im I. Bande (1203 gegen 694 Nummern) Raum zu behalten, von vornherein ausgeschlossen.

Der durch die Zeitverhältnisse in den Vordergrund gerückte Zweck unseres Unternehmens, die Sicherstellung arg gefährdet gewesener wertvoller Geschichtsquellen für die wissenschaftliche Forschung, — ein Zweck, dem nur durch Drucklegung Genüge geschehen konnte, ist nunmehr für die Zeit bis 1545 trotz scheinbar unüberwindlicher Schwierigkeiten vollkommen erreicht. Zudem sind für die Herausgabe eines bis 1561 reichenden Schlussbandes, soweit wie es hier am Orte möglich war, die Vorarbeiten zu Ende geführt, so dass dafür nicht mehr viel zu tun übrigbleibt.

Auch hoffen wir, dass das Bemühen, das unserer Fürsorge Anvertraute nicht nur sicherzustellen, sondern auch in bestmöglicher Weise für die Wissenschaft benutzbar zu machen, nicht verkannt werden wird.

Anlangend die Ergebnisse des der Erforschung jetzt erschlossenen Urkundenmaterials, so können hier nur einige wenige von ihnen einführungsweise beleuchtet werden.

Anknüpfend an das von uns vorstehend ausgesprochene harte Urteil über das Verfahren des Reichskammergerichts, dessen Akten hier als etwas ganz Neues inbetracht kommen, denn im vorhergehenden Bande waren nur die zum Teil weit zurückreichenden Aktenbeilagen zur Geltung gelangt, so würde, wenn wir unsere Edition mit dem Wust der rein formalistischen prozessleitenden Verfügungen jenes Richterkollegiums hätten belasten müssen, dem die hiesigen Rechtsverhältnisse völlig fremd waren und das daher gar nicht anders konnte, als alles über den Leisten des römischen Rechts zu schlagen, unser Urteil noch viel zu milde erscheinen. Zunächst geschah die römischrechtliche Uniformierung nur durch Anwendung der gemeinrechtlichen Prozessform, welche die Möglichkeit zu so vielen dilatorischen Winkelzügen bot, dass keine einzige materielle Entscheidung gefällt zu werden brauchte. Im Gegensatz zu Deutschland, wo seit dem 15. Jahrhundert Gerichtswesen und Gerichtsverfahren tiefgreifende Veränderungen erfahren hatten, blieb in Livland das altdutsche Gerichtswesen bis zum Zusammenbruch des Ordenstaates im wesentlichen erhalten¹⁾, und was wir davon erfahren, erscheint in einem um so günstigeren Lichte. Wenn schon die von den Universitäten heimkehrenden römischrechtlich gebildeten Juristen als Propagatoren der römischrechtlichen Lehre von der Servitus hier wie überall auf die Entwicklung der bauerlichen Rechtsverhältnisse sicherlich keinen guten Einfluss gehabt haben, so konnte sich dieser zumeist nur in den Kanzleien äussern, wo er der Rechtsprechung noch lange nicht in dem Masse die Richtung gab wie in späterer Zeit. Wenn aber das Reichskammergericht mit materiellen Entscheidungen dazwischengefahren wäre, was wäre von diesen, um nur dien einen Punkt ins Auge zu fassen, zu erwarten gewesen, als nach dem grossen Bauernkriege von 1525 die Lehre von der Servitus und die Unterdrückungspolitik einander die Hand reichten! Es gab ja unter den an das Kammergericht appellationsweise gelangten Prozessen mehrere, deren Entscheidung die Agrarfrage und die Rechtsverhältnisse der Bauern berühren musste. Aber auch sonst hätte dieses landfremde Richterkollegium nur Verwirrung anrichten können. Dank seinem dilatorischen Verfahren ist es dazu nicht gekommen, so dass wir, die Nachgeborenen, den historischen Schatz, den die Akten des Reichskammergerichts darstellen, mit ungetrübter Freude geniessen können.

¹⁾ Vgl. F. G. v. Bunge, *Gesch. d. Gerichtswesens u. Gerichtsverfahrens*, Reval 1874, S. 1 f.

Da werden uns unter den Aktenbeilagen nicht nur Urkunden über Rechtsakte verschiedenster Art und Inhalts in grosser Menge geboten, von denen viele in frühere Jahrhunderte hinaufreichen, sondern, was von unschätzbarem Werte ist, die vollständigen Akten der Verhandlungen in den livländischen Gerichten, von deren Entscheidungen appelliert worden war. Ausser sonstigen Vorzügen des Verfahrens, als da sind dessen Öffentlichkeit und der Vortritt der Parteien, wobei auch den Frauen das *jus standi in foro* gewahrt blieb, hatte sich die Mündlichkeit in den livländischen Gerichten zu behaupten vermocht. Nur die Vorladung, enthaltend eine kurze Aufzählung der Klagepunkte, musste schriftlich erfolgen, wie das nicht anders der Fall sein konnte, wenn anders der Beklagte imstande sein sollte, Rede und Antwort zu stehen. Indes ist die Mündlichkeit nicht so zu verstehen, als ob schriftliche Rechtsdeduktionen unzulässig gewesen wären. Durchaus nicht, vielmehr lernen wir Parteischriften, die sich von den gemeinrechtlichen Satzschriften wenig unterscheiden, nunmehr in nicht geringer Zahl kennen. Sie wurden aber sofort verlesen, qualifizierten sich als Niederschrift des mündlichen Vorbringens und so blieb das Prinzip der Mündlichkeit imgrunde unberührt. Vorgebeugt war durch die sofortige Verlesung derartiger Schriften dem im Schriftwechsel des gemeinrechtlichen Prozesses üblichen Verschleppungsverfahren, jenem „auf die lange Bank schieben“, wie man in den alten Gerichtsstuben das Beiseitelegen unbequemer Schriftstücke auf gewisse, dafür bestimmte lange Bänke zu bezeichnen pflegte. Natürlich blieb auch unseren livländischen Prozessschriften, wenn sie erst ins Kammergericht gelangt waren, dieses Schicksal nicht erspart und das war der einen oder anderen Partei, wenn sie eine für sie ungünstige Entscheidung befürchtete, begreiflicherweise gerade recht. Beiden Parteien musste jedoch viel daran gelegen sein, ihre Rechtsauffassung im Kammergericht zur Geltung zu bringen, was am besten durch sorgfältige Niederschrift des vor dem *judex a quo* Vorgebrachten geschehen konnte. So wurden denn in allen Sachen, wo eine Berufung an das Kammergericht zu gewärtigen war, derartige Niederschriften üblich. In diesen meist mit der grössten Erbitterung geführten Auseinandersetzungen wurde kein Blatt vor den Mund genommen, und davon geben die Schriften ein getreues Abbild. Dasselbe gilt von den Protokollen über die zahlreichen Zeugenvernehmungen. Nimmt man dazu die mancherlei Schriftstücke des Urkundenbeweises, endlich aber die Urteile der Gerichte, von denen die Appellation erfolgte, so ergibt das nicht nur überaus wertvolle Aufschlüsse über verschiedene bisher ganz ungeklärt gewesene rechtshistorische Fragen, sondern dem Kulturhistoriker zeigt sich da das „volle Menschenleben“ in Aus-

schnitten von einer Anschaulichkeit und dramatischen Belebung, wie sie ähnlich unseres Wissens in keiner anderen einheimischen Geschichtsquelle jener Zeiten zu finden sind. Zu bedauern bleibt nur, dass dieses „volle Menschenleben“ sich hier zumeist von seiner Nachtseite offenbart. Aber Lichtbilder und Idylle wird kein Vernünftiger in Gerichtsakten suchen.

Noch ein Wort über die Protokolle der Zeugenvernehmungen.

Der Historiker empfindet es als einen vielfach störenden Mangel, dass die Geschichtsquellen ihm über hervorragende Persönlichkeiten nahliegende Fragen, wie etwa über Alter und Herkommen, oft unbeantwortet lassen. Zuallermeist gilt, das vom Geburtsjahr und zwar bis gegen Ende des Mittelalters und bis ins 16. Jahrhundert, ja das bildet die Regel.

Es ist dafür kennzeichnend, dass wir von dem grössten Mann in der Geschichte Livlands, Bischof Albert von Riga, dem Gründer Rigas, einem Manne, dem unbedingt das Beiwort der Grosse gebührt, nicht anzugeben wissen, wann und wo er geboren ist, noch auch, wie sein Vater hiess. Dass sein Geschlechtsname fraglich geblieben ist, kann weniger auffallen, da ja doch im 12. und 13. Jahrhundert die meisten Geschlechtsnamen noch recht locker hafteten. Von der nach Bischof Albert am meisten hervorragenden historischen Persönlichkeit, dem Ordensmeister Walter von Plettenberg, ist zwar die Geschlechtszugehörigkeit sicher erwiesen, aber wenn sich von ihm ebenso wenig wie von Bischof Albert hat feststellen lassen, wann und wo er geboren ist, noch auch, wie sein Vater hiess, so ist das, da ja doch sein Todesjahr 1535 in eine Zeit fällt, die der Historiker als greifbar nahliegend zu betrachten gewohnt ist, in der Tat äusserst seltsam.

Als etwas in seiner Weise ganz Neues stellt sich nun in unseren Urkunden das Protokoll eines 1544 Aug. 18 auf Anordnung des Kammergerichts, zur Feststellung des im Appellationsverfahren beobachteten Brauches, zu Lemsal veranstalteten Zeugenverhöres¹⁾ dar, wo von den hierfür denominierten Personen ein jeder, vor Abgabe der Erklärung auf die Probatorialartikel, nach Anleitung der „gemeinen fragestücke“ zunächst allerhand die eigene Person betreffende Angaben machen muss, u. a.: „wie alt der zeug ist und was sein condition, stand und wesen sei; — — wie reich er sei in allen seinen guttern; — — ob er ein eingeborner des lands oder auszlander sei — —“ u. s. w.

¹⁾ GU. n. 1022. — Da ebenso wie hier, so auch weiterhin, regelmässig Band II zu verstehen ist, konnte die Angabe des Bandes unterbleiben. Wenn ausnahmsweise Band I zitiert wird, lautet das Zitat: GU. I.

Da erfahren wir über die nachbenannten 11 Zeugen u. a. folgendes:

1) Mathias Unverferth, Dompropst zu Riga, über 50 Jahre alt, aus Pommern, „so reich, das er auf seinen kosten von der kirchen gutter pflege mit zehen pferden über feld zu ziehen — — in die 35 jar im erzstift gewesen und zu rat gedienet“.

2) Hildebrand Ludeken, Domdekan zu Riga, 58 Jahre alt, im Erzstift Bremen geboren, „so reich, das er von seinen gutern über veld wol mit acht pferden ziehen kone — — in Lifland in 27 jare und druber gewesen“.

3) Goddert von Neilen, Stiftsvogt zu Kokenhusen, mehr denn 50 Jahre alt, den Parteien durch Schwägerschaft ungefähr gleich nahe verwandt, „pflege mit acht pferden von wegen seines ampts über feld zu reiten“, geboren im „lande von der Märkte, gelegen unter dem herzogen zu Gulich“.

4) Johan von Tisenhusen zu Vettel, des Erzbischofs zu zu Riga Rat, über 50 Jahre alt, von den Parteien ist der eine, Gutzleff, sein Ohm, der andere, Massaw, sein Schwager, muss „sein gutter seinem gnedigsten hern mit vier pferden verdiensten“, geboren im Erzstift Riga.

5) Johan von der Pael, des Erzbischofs zu Riga Rat, „ungeferlich 40 jar alt — — Gutzleff und zeugens frauen vater seind zweier bruder kinder — —, müsse seinem landshern mit 5 pferden von seinen guttern dienen — —, im erzstift Riga geboren — —, von kindlichen tagen an ausserhalb des erzstifts gedienet und nu ersten vor 13 jarn im erzstift sich niedergesetzt, alda sein vetterlich erb zu besitzen“.

6) Der alte Johan Koszkul „vom adel — —, 70 jar alt — — habe 50 hauszgesinde oder bauren, die sein eigen sind — — im erzstift Riga geboren“.

7) Dietleff von Tisenhusen zur Erlen „vom adel — — 60 jar alt — — muss mit 6 pferden dienen — — geborn im erzstift Riga“.

8) Hynrich von Tisenhusen zur Otzei „vom adel — — ungeferlich 44 jar — — nit zu reich noch zu arm, seine gutter weren vor zeiten umb 15000 mark gekauft, dienete s. gnedigsten hern darvon mit 4 pferden, so es die not erfordert“.

9) Georg Aderkas „vom adel — — 38 jar alt ungeferlich — — ist so reich, das er seinem landshern mit 3 pferden dienen müsse — — geborn im erzstift Riga“.

10) Georg Gartman „vom adel — —, 56 jar ungeferlich — — sein reichtumb sei, das er mit 3 pferden seinem gn. hern von seinen gutern dienet — — geborn im erzstift Magdeburg“.

11) Johan Albedil — — „67 jar, sein stand, er sei ein besitzlich man im erzstift — — habe 3 haken landes, die sein eigen seind, ist geboren im erzstift Riga“. An anderer Stelle

des Protokolls wird noch die von diesem Zeugen gemachte Aussage hinzugefügt, dass sein sel. Vater 120 Jahre alt gewesen.

Die vorstehend nur auszugsweise wiedergegebenen Aussagen sind, wie ersichtlich, zum Teil wenig präzise, zumeist aber doch ausreichend und gewähren über die persönlichen Verhältnisse so viel mehr Aufschluss, als unsere Quellen zu bieten pflegen, dass sie hervorgehoben zu werden verdienen.

Unter den verschiedenen Gebieten der Geschichtsforschung, für welche in diesem Bande der Livländischen Güterurkunden ein reichhaltiges Urkundenmaterial vorliegt, gibt es mancherlei, was für die Agrargeschichte und zur Kenntnis der Rechtsverhältnisse der bäuerlichen Bevölkerung von Wert sein dürfte. Einiges davon soll nachstehend besprochen werden.

Wer einzig und allein der historischen Wahrheit dienen will, wird sich bei seiner Arbeit auf diesen vielumstrittenen Gebieten „von der Parteien Gunst und Hass“ weder nach links noch rechts abdrängen lassen und in den Zeitverhältnissen keine andere Mahnung erblicken, als die Archive der Forschung tunlichst zugänglich zu machen und für ausgiebige Quellenpublikationen zu sorgen, ohne etwaige für einen voreingenommenen Historiker „unbequeme“ Stücke verbergen zu wollen, oder gar verschwinden zu lassen, wie solches leicht zu machen gewesen wäre. Wir haben demgemäss auch alle solche Stücke nicht nur sorgfältig abgedruckt und zwar, wie es in unserer Urkundensprache heisst: „ungeseriget, ungemakelt und ungelittert“¹⁾, sondern sie auch durch Zusammenstellung aller Fälle entgeltlicher oder unentgeltlicher Überlassung von Bauern ohne Land im Sachregister unter dem Stichwort: „Bauern, Überlassung“ leicht auffindbar gemacht. Die Zahl ist keine ganz geringe, ein abschliessendes Urteil wird sich jedoch erst gewinnen lassen, wenn das bis 1561 reichende Urkundenmaterial veröffentlicht sein wird. Aber was die zwei Bände der Güterurkunden, was das Liv-, Est- und Kurländische Urkundenbuch, die Akten und Rezesse der Livländischen Ständetage²⁾ und die Bunge-Tollsche Est- und Livländische Brieflade³⁾ bieten, ist insoweit reichhaltig, dass wir in den folgenden Ergebnissen schwerlich fehlgegangen sein können.

Den Ausdruck „leibeigen“ haben wir vermieden und vermeiden müssen, weil er unseren Urkunden unbekannt ist und verschiedene Deutungen zulässt. Wo in den Urkunden das Abhängigkeitsverhältnis betont werden soll, wird der Aus-

¹⁾ GU. n. 590; 627; 824 S. 523.

²⁾ weiterhin zitiert: AR.

³⁾ weiterhin zitiert: Bfl.

druck „egene lude“ oder „erfburen“ gebraucht, zum Unterschiede von den durch die Bezeichnungen „erfsaten“ oder „lantsaten“ als grundbesitzlich kenntlich gemachten „hakenburen“. Dazu kommen noch die „enfotlinge“ und „losdrivere“ als besondere Kategorien. Allumfassend sind die Ausdrücke „lantlude“ und „buren“, oft auch kurzweg „man“, im Plural „mans“ oder „menne“, aber nie „mannen“, worunter nur die Vasallen zu verstehen sind.

Betrachten wir zunächst die Veräusserung von Bauern ohne Land, wobei nur letzteres Moment als entscheidend zu gelten hat, so liegen dafür im ganzen etwa 45 Urkunden vor, darunter mehrere aus Harrien und Wierland, wo die Rechtslage der Bauern zweifellos die weitaus ungünstigste war.

Da sei zunächst konstatiert, dass von Drellschaft in keiner von diesen Urkunden die Rede ist, wie denn überhaupt die „drellen“, auf die wir noch zurückkommen werden, bald nach der Mitte des 15. Jahrh. aus unseren sämtlichen Quellen vollständig verschwinden, — ferner, dass von den in Rede stehenden Fällen keiner über das Jahr 1479 hinaufreicht¹⁾, obgleich erwähntermassen das sehr viel früher beginnende Urkundenmaterial der angeführten Quellensammlungen herangezogen wurde.

Das hervorgehobene rechtliche Merkmal der Veräusserung ohne Land lässt zwar alle diese Urkunden, objektiv genommen, als eindeutig erscheinen, doch wird man sie, von ihrer subjektiven Seite betrachtet, nicht über einen Kamm scheren dürfen. Für einige Fälle dürfte die Rechtsparömie: „volenti non fit injuria“ am Platze sein. Das trifft regelmässig zu, wenn vom „vryen“ die Rede ist. Da handelt es sich zumeist um Fälle, wo ein Höriger, ohne seine Schuldverbindlichkeiten dem seitherigen Erbherrn gegenüber beglichen zu haben, ungevryet sich in ein anderes Gebiet, bzw. unter eine andere Herrschaft, begeben hatte. Ist nachträglich ein solcher Höriger seinen Verpflichtungen nachgekommen, oder ist der neue Erbherr für ihn eingetreten, so erklärt der frühere Erbherr, dass er diesem den Mann überlasse und keine weiteren Ansprüche an ihn habe²⁾. Dazu gesellen sich einige Fälle, wo vom Landesherrn (dem Ordensmeister) als „lose mans, losdrivere“ und „enfotlinge“ bezeichnete Bauern verliehen werden, in einem Falle ausdrücklich behufs Ansiedelung³⁾. Von vornherein streitet die Wahrscheinlichkeit dafür, dass diese Leute die Aussicht, ein Stück Land zugewiesen zu erhalten, wie man es sich heutzutage ausdrückt, „begrüsst“ haben werden. Das gilt wohl auch noch von so manchem

1) Bfl. n. 333.

2) So u. a. Bfl. n. 379; UB. Abt. 2 I n. 266.

3) GU. n. 290; 464.

anderen der uns empörenden Rechtsakte, den die davon Betroffenen durchaus nicht so, sondern als eine Verbesserung ihrer materiellen Lage, namentlich als Sicherung gegen Auslieferungsansprüche ihres früheren Herrn, empfunden haben werden. Es gibt aber auch Fälle, wo, selbst wenn eine Verbesserung der materiellen Lage herbeigeführt worden wäre, ein gesundes Rechtsgefühl das „volenti non fit injuria“ wirkungslos macht. Das sind die Fälle, wo der Menschenhandel nude et crude in die Erscheinung tritt, wo der betreffende Hörige ausdrücklich als verkauft bezeichnet wird.

Unsere Urkunden liefern 2 Fälle, wo von Verkauf die Rede ist, sogar mit der Preisangabe (40 Mark Rig.¹⁾). Um nichts besser ist die Überlassung gegen 3½ oder 2 Last Korn, in 2 Fällen²⁾, noch schlimmer die Überlassung gegen einen Hengst, ebenfalls in 2 Fällen³⁾. Das Urkundenbuch hat 3 Fälle von Verkauf⁴⁾, die Brieflade 4⁵⁾.

Es berührt seltsam, dass in der ersten Urkunde, welche dieses traurige Kapitel einleitet — es ist die Urk. v. 1495 Mai 13⁶⁾ — ein Bürgermeister und ein Ratmann von Reval, noch dazu in ihrer Eigenschaft als Vormünder einer Wohltätigkeitsstiftung, der armen zeken zu set. Johan, als Käufer urkunden. Mit dem auch von Reval hochgehaltenen Grundsatz: „Stadtluft macht frei“ lässt sich das schwer in Einklang bringen. Bei Beschränkung der Anwendbarkeit dieses Grundsatzes bloss auf die Auslieferung von Läuflingen hätte Reval auf die tiefere Begründung, dass die Unfreiheit der Bauern sowohl mit dem Naturrecht als dem göttlichen Recht unvereinbar sei⁷⁾, verzichten sollen.

Wer sich mit dem in den meisten Urkunden gewählten Ausdruck „gönnen und überlassen“ nicht zufriedengibt, — wer etwa einwenden möchte, dass möglicherweise, ja wahrscheinlich, schon damals der Ausdruck „verkaufen“ als anstössig empfunden und von so manchen vermieden wurde, — dass aber hinter dem Ausdruck „gönnen und überlassen“, vollends wenn der Überlassende bemerkt, dass ihm sein „wille gemaket“ sei und er nichts weiter zu fordern habe, — sich sehr wohl ein um nichts besserer Menschenhandel verbergen könne, — der wird verlangen, dass untersucht werde, welche rechtliche Konsequenzen sich als Folge der angenommenenmassen die volle Leibeigen-

¹⁾ GU, n. 453; 597.

²⁾ ebd. n. 706; 817.

³⁾ ebd. n. 407; 779.

⁴⁾ Abt. 2 I. n. 192; 596; 1042.

⁵⁾ n. 903; 1046; 1394; 1445.

⁶⁾ UB. Abt. 2 I. n. 192.

⁷⁾ AR. III n. 298 S. 753 p. 4.

schaft kennzeichnenden Veräusserung nachweisen lassen. In das Sachen- und Familienrecht sowie in die Rechtsprechung (namentlich in Kriminalfällen) tief eingreifende Bestimmungen müssten sich, wenn wir es mit der vollen Leibeigenschaft zu tun haben, hierzulande ebenso nachweisen lassen, wie in den meisten Ländern Westeuropas damaliger Zeit.

Anlangend das Sachenrecht, so will es auf den ersten Blick in der Tat so scheinen, als ob sich der Erbherr das Mobiliarvermögen des veräusserten Mannes vorbehalten habe. Zwar ist in den allermeisten Urkunden von irgend welchen Vermögensobjekten der betreffenden Leute überhaupt nicht die Rede, aber in einigen doch. So heisst es in einer unserer Urkunden¹⁾, dass, wenn die Veräusserten entlaufen würden, sie „met alle dem erem“ ausgeliefert werden sollen, in einer andern, dass die Betreffenden mit ihren „guidern“ überlassen werden²⁾, in einer dritten wird der betreffende Bauer mit „allem, was er hat“, überlassen³⁾. Ähnliche Bestimmungen finden sich auch in einigen Stücken der Bunge-Tollschens Brieflade⁴⁾.

Bei näherer Prüfung erweist es sich jedoch, dass dadurch keineswegs der Bauer seiner Habe beraubt, sondern lediglich dem vorgebeugt werden sollte, dass der frühere Erbherr irgend etwas von der Habe des abgetretenen Bauern zurückbehalte. Es war folglich eine zum Besten des Bauern getroffene Abmachung, die indes, da es dem neuen Erbherrn natürlich nicht gleichgültig sein konnte, ob er einen seiner Habe beraubten oder einen mit dem Notwendigsten versehenen Mann bekam, auch im Interesse des neuen Erbherrn lag, der, obwohl es ipso jure hätte geschehen müssen, sich solches um der grösseren Sicherheit willen ausdrücklich auszubedingen für ratsam halten mochte. Überflüssige Kautelen verschiedenster Art waren ja bekanntlich damals gang und gäbe.

Wäre dem nicht so, so müsste doch wohl in den Rechtsbüchern, in den Landtagsbeschlüssen und vor allem in den die Auslieferung der Läuflinge regelnden Einigungen der Nachweis enthalten sein. Das ist aber nicht der Fall; auch in den Einigungen findet sich nur die Festsetzung, dass dem die Auslieferung des Läuflings Fordernden mit dem Läufling auch dessen Habe auszuliefern sei. So schon in einer der ältesten Einigungen, der zwischen dem Bischof Bartholomäus von Dorpat, dem Abt von Falkenau und der Stiftsritterschaft abgeschlosse-

1) GU. n. 133.

2) ebd. n. 580.

3) ebd. n. 902.

4) n. 1042; 1217; 1236; 1238; 1274.

nen Einigung¹⁾. Da die bezügliche, in ihr enthaltene Bestimmung keineswegs bloss auf die losen Leute (Lostreiber), sondern auf alle verstrichenen Bauern (Gesinde und Landleute) bezogen wird, also auch auf Hakenbauern, so müsste man, wenn man hierin die Begründung eines Anspruchs des Erbherrn auf die fahrende Habe erblicken wollte, folgern, dass ebensowenig wie die losen Leute, ebensowenig auch die Hakenbauern Eigentümer ihrer fahrenden Habe gewesen seien. Das aber hat bisher noch niemand behaupten wollen. Zum Überflus spricht der § 3 derselben Einigung von dem Korn, das der Mann ausgesät hatte, der Herrschaft ausdrücklich nur den Betrag etwaiger Schulden, des Zehnten und der Gerechtigkeit zu. Ebenso lautet die entsprechende Festsetzung der gleichfalls auch auf die Hakenbauern bezüglichen, zwischen dem Ordensmeister und dem Bischof von Ösel 1508 Juni 22 abgeschlossenen Einigung, wo zur Vermeidung jeglichen Missverständnisses noch gesagt ist, dass das übrige Korn der Bauer „geneten und beholden“ soll²⁾.

Vollends unzweideutig ist die Vereinbarung der sämtlichen Landesherren, dat. Wolmar 1537 Sept. 28, wo es heisst: „To deme szol es ock den buren in den stillten als in des ritterligen ordens landen, wan sze erer herschop und amptluiden ihre plicht und gerechticheit entrichtet hebben, dat ere to erem besten und profit, wor es inen drechlich, unvorhindert von allen amptluiden und idermennichlichen to vorkopen fri szin³⁾).

Das 4. Buch des Wiek-Öselschen Lehnrechts, das sich bekanntlich als ein Bauerrecht qualifiziert, enthält mehrere Bestimmungen, die ebenfalls klar erkennen lassen, dass des Bauern bewegliche Habe ihm gehört. Die zugunsten der Herrschaft vorgesehene Ausnahme, dass der Nachlass eines Weibes oder eines Mannes, die ohne Hinterlassung von Kindern sterben, der Herrschaft zufalle, in welchem Fall jedoch diese für die Schulden einzustehen hat, beweist ja doch klar, dass andernfalls die Herrschaft auf den Nachlass keinen Anspruch hatte, dieser vielmehr den Kindern zufiel⁴⁾.

Ja sogar der schollenpflichtige Bauer, der ohne Urlaub seines Herrn wegzieht, bleibt Herr seiner Habe, wofern er dem Herrn seine Schuld entrichtet hat und wofern er nicht heim-

¹⁾ o. J., zw. 1441 u. 1459. Gedr. Bunge, Geschichtl. Entwicklung der Standesverhältnisse, Dorpat 1838, S. 103 f. Weiterhin zitiert: Bunge, Standesverhältnisse.

²⁾ AR. III n. 41 § 1.

³⁾ Hupel, N. N. M. 7. u. 8. St. S. 308. Vgl. H. v. Engelhardt, Beitrag zur Entstehung der Gutsherrschaft in Livland während der Ordenszeit, Leipzig 1897 S. 114.

⁴⁾ Ewers, Des Herzogt. Ehsten Ritter- u. Landrechte, Dorpat 1821. S. 127 f., Kap. 1 u. 10.

lich weggezogen war. Nur für diesen Fall ist eine Strafe vorgesehen, bestehend in der Wegnahme des weggebrachten Gutes zugunsten der Herrschaft¹⁾.

Da von einem Rechte des Herrn, die Auslieferung der Person zu fordern, nicht die Rede ist, muss dieses Rechtsbuch in einer Zeit entstanden sein, als die Schollenpflichtigkeit noch nicht voll ausgebildet war.

Leider wird das Verständnis durch die arge Verstümmelung des nur in später hochdeutscher Übersetzung bekannten Textes bedeutend erschwert, aber was wir soeben daraus referiert haben, stösst auf keinen Zweifel.

Balthasar Russows Darstellung²⁾, als ob, wenn ein Bauer oder ein Weib starb, die Herrschaft den gesamten Nachlass an sich genommen hätte, so dass die Kinder „nacket unde blodt by des junckern furerstede liggen gahn edder in de stede bedelen unde eres vederlikes gudes gantz entheren“, was er jedoch vorsichtshalber in die Regierungszeit des Ordensmeisters Wennemar v. Brüggenev [1389–1401] verlegt, für die es keine lebendige Zeugen mehr gab, lässt sich indes auf Grund der Rechtsquellen als tendenziöse, wenn auch wohlgemeinte, Übertreibung in das rechte Licht stellen. Etwaige Vorkommnisse dieser Art waren offenbare Rechtswidrigkeiten.

Wenden wir uns dem Familien- und Ehe recht zu, so bietet unser Quellenmaterial für die Annahme irgend welcher mit den Hörigkeitsverhältnissen zusammenhängender Eingriffe nicht den allergeringsten Anhaltspunkt. Unseres Wissens haben daher sogar Garlieb Merkel und Otto v. Rutenberg, die sich ja doch nichts entgehen liessen, was ihnen als Anklagematerial brauchbar erschien, dieses Gebiet stillschweigend als unangreifbar anerkennen müssen. Gewichtiger ist das Stillschweigen des als Ankläger weit ernster zu nehmenden Chronisten Russow, nicht zu reden von dem Verfasser der albernen Verse: „Ich bin ein Livländisch Bauer, — Mein Leben wird mir sauer — —“³⁾, der, anstatt den armen Bauer auf den Baum steigen und seinem Herrn dort „Sattel und Zaum“ zuhauen zu lassen, ihn dem Leser wirkungsvoller im entehrten Ehegemach vorgestellt haben würde, wenn er als Zeitgenosse der Phantasie seiner Leser das hätte zumuten dürfen. Trotz der Albernheit dieser Verse dürfen

¹⁾ Ewers, Des Herzogt. Ehsten Ritter- u. Landrechte, Dorpat 1821, S. 127 f., Kap. I u. 10.

²⁾ Ausg. v. 1584 Bl. 186.

³⁾ Sie stammen oder sind, richtiger gesagt, auf Livland umgedichtet worden von dem aus Hessen gebürtigen Literaten und Gelegenheitsdichter Johann Hasentödter, zuerst erschienen in Sebastian Münsters Cosmographie, Basel 1550. Näheres bei Ed. Pabst, Das alte, auf unsere Undeutschen gedichtete Liedlein. Reval 1848.

sie nicht ganz totgeschwiegen werden, da sie sich mit der Zähigkeit von Memorierversen durch die Jahrhunderte im eisernen Inventar der meisten Kulturhistoriker zu behaupten vermocht haben¹⁾. Keinesfalls aber sollte das bezügliche Stillschweigen des Urkundenmaterials über die Konflikte der Harrisch-Wierischen Ritterschaft mit der Stadt Reval wegen der einerseits verlangten, andererseits verweigerten, Auslieferung von Läuflingen unbeachtet bleiben. Hauptsächlich seit dem Ende des 15. Jahrhunderts haben diese Konflikte einige Jahrzehnte gedauert. Unter fortwährendem Appell an die geistlichen Landesherren haben sie sich vor der breitesten Öffentlichkeit abgespielt; es verging kaum ein Landtag, der sich mit diesen Streitigkeiten nicht hätte beschäftigen müssen. Sie wurden mit einer Erbitterung geführt, die keine Waffe der Argumentation und Dialektik unbenutzt liess, dabei von Seiten Revals dazwischen mit bemerkenswerter Geschicklichkeit, auch versetzt uns der Ort der Handlung, Harrien und Wierland, in denjenigen Landesteil, wo sich die bäuerlichen Verhältnisse am schlimmsten gestaltet hatten. Zudem sind wir über das alles durch das in den Akten und Rezessen der Livländischen Ständetage in schier erdrückender Menge überlieferte Aktenmaterial so zuverlässig unterrichtet wie über keine andere Frage des altlivländischen Rechtslebens.

Wenn nichtsdestoweniger unter den vielen Vorwürfen, welche Reval dem Gegner macht, nie behauptet worden ist, dass die Erbherren sich Eingriffe in das Familien- und Eherecht ihrer Untersassen hätten zuschulden kommen lassen, so ist das offenbar ein negativer Entlastungsbeweis, wie man ihn besser nicht wünschen kann. Ist es wohl denkbar, dass Reval, das mit scharfem Blick alle Blößen des verhassten und dabei wohlbekannten Gegners aufzudecken verstand, das die Unfreiheit der Bauern als nicht nur dem Naturrecht, sondern auch dem göttlichen Recht widersprechend darstellte²⁾ und geltend zu machen wusste, wie die Nachgabe der ritterschaftlichen Forderungen die dem Lande von aussen her drohenden Gefahren verschärfen müsse³⁾, — ist es wohl denkbar, dass es so gravierende Vorwürfe, wie grobe Eingriffe in das Familien- und Eherecht, geflissentlich oder versehentlich unterlassen haben sollte?

Jahrhunderte mussten vergehen, bevor man es wagen durfte, mit den ungeheuerlichsten, völlig aus der Luft gegriffenen Behauptungen dieses Gebiet in die Mache zu nehmen.

¹⁾ Schon Salomon Henning war auf sie hereingefallen; in etwas veränderter Form inserierte er sie seiner 1593 erschienenen Chronik. *Scriptores rer. Livonicar.* II S. 248.

²⁾ AR. III n. 298 S. 753 p. 4.

³⁾ ebd. n. 61 S. 223 f.

Es ist nicht unsere Sache, den Leuten, die so was geschehen lassen, begreiflich zu machen, dass die Propagiatoren derartiger Fabeleien dadurch imgrunde zumeist die Ehre des eigenen Volkes besudeln. Für uns als Männer der Wissenschaft kommt nur die Geschichtsfälschung als solche in Betracht. Diese jedoch werden wir nicht stillschweigend hingehen lassen dürfen, oder müssen dem entgegensehen, dass die Rechtsparömie: „qui non dissentit, assentire videtur“ auf uns Anwendung finden werde, — zumal da es sich hier um einen auch in Westeuropa hinsichtlich der eigenen Vergangenheit vielerorts spukenden „wissenschaftlichen Aberglauben“ handelt, der nicht unbedeutende wissenschaftliche Vertreter gehabt und unter den Künstlern, die sich eines solchen Stoffes gern bemächtigten, eine starke Streitgenossenschaft gewonnen hatte. Um was es sich handelt, wird, da fast alles historisch Greifbare nach Frankreich weist, wo hauptsächlich unter der Führung von Voltaire Kunst und Wissenschaft ihre Irrwege einschlugen, am besten mit dem französischen Stielwort „droit du seigneur“ bezeichnet.

Es genügt, zu wissen, dass die Wurzel der Sagenbildung im Talmud zu suchen ist, dass der Schauplatz der dort und überhaupt im Orient wurzelnden Sagen während des späteren Mittelalters, unter Zurückdatierung mit vertauschten Rollen, ins Abendland verlegt wurde, zumeist nach Frankreich, Irland und Schottland, wo unter Einwirkung der dadurch erregten Vorstellungen schlimme Instinkte sich dessen bemächtigten. Häufig jedoch wurden an sich ganz harmlose und unbedenkliche Sitten und Gebräuche ex post damit in Zusammenhang gebracht, wobei der überaus derbe Humor des Mittelalters, verbunden mit der entsprechend anstössigen Symbolik, ein übriges tat. So auch vielerorts in Deutschland. Das gilt namentlich von den Heiratslicenzgebühren, welche neben verschiedenen Terminzahlungen (etwa an Patronfesten) oder in Sterbefällen zum Besten von Kirchen und Klöstern nicht selten freiwillig übernommen wurden, oft aber auch im Erb- und Grundherrenverhältnis eine Rolle spielten. Handelte es sich um die Heiratslicenzgebühren von Hörigen, so brauchte die Phantasie nur noch wenig dazuzutun, und das hat sie überreichlich getan¹⁾.

Glücklicherweise findet sich in Livland während des für uns inbetracht kommenden Zeitraumes von erbherrlichen Heiratslicenzen keine Spur, und so fehlte der in diesem beliebten Kapitel der „Kulturgeschichte“ nicht selten in die Toga sittlicher

¹⁾ Näheres hierüber in Wetzer u. Welte, Kirchenlex. Bd. 6, Freiburg i. B., 1889, Sp. 2038 ff. Der ausführliche Artikel hierüber ist von Karl Schmidt verfasst, einem der gründlichsten Erforscher dieser Frage.

Entrüstung sich drapierenden schmutzigen Phantasie später Skribenten die Möglichkeit, in glaubhafter Weise hier anzuhaken¹⁾).

Mit dem Mangel jeglichen Grundes zur Annahme, dass derartige Verirrungen hier heimisch geworden wären, harmoniert bestens, was sich unseren Urkunden als Ausdruck des Rechtsempfindens bei Regelung der Familien- und Eheverhältnisse der Bauern entnehmen lässt. Über den Anfang des 15. Jahrhunderts, als den angenommenen terminus a quo der Hörigkeit, brauchen wir nicht zurückzugreifen. Schon der Art. 32 der Statuten der Rigaschen Kirchenprovinz von 1428 rügte die vorzüglich unter dem Landvolk herrschende Unsitte willkürlicher Lösung der Ehe, um danach in ehebrecherischer Weise leben zu können, und suchte das abzustellen²⁾.

Nicht lange zuvor, im Januar 1422, hatte auch schon der Landtag den Ehen des Landvolkes ernste Aufmerksamkeit zugewandt. Die Kirchherren sollen das Volk unterweisen, wie sich Christen in der Ehe zu halten, namentlich verbotene Verwandtschaftsgrade zu meiden haben. Man soll sie unterweisen und mahnen und ein jeder seine Undeutschen dazu anhalten, dass niemand von ihnen seinen echten Gatten jemals preisgebe (overgeve) oder mutwillig verlasse, bei [Strafe] der Stäupung, und wer von ihnen darin straffällig würde und in der Zeit (in der mate) unter andere Herrschaft zöge, dem soll man nicht Obdach gewähren, sondern soll ihn seiner ersten Herrschaft und echten Gatten, dem er entzogen ist, binnen 14 Tagen nach der Vorladung und Forderung wieder ausantworten, bei 3 Mk. Rig., welche der Ausantwortung Verweigernde, der gleichwohl zur Ausantwortung verpflichtet bleibt, bezahlen soll, und zwar 1 Mk. für den Bau der Kirche, zu welcher der entzogene Gatte gehörte, 1 Mk. für die Herrschaft und 1 Mk. für den Kläger. Wenn ein dem echten Gatten Entzogener, Mann oder Weib, vor geschehener Ausantwortung einen andern Gatten nimmt, soll er demjenigen, dem er entzogen ist, den Hals lösen (betteren). Auch soll niemand von Undeutschen Weib oder Mädchen (maget) mit Gewalt entführen, wer aber darin straffällig würde, mit allen seinen Mithelfern am Halse gerichtet werden³⁾.

¹⁾ Vgl. Bunge, Standesverhältnisse S. 30 Anm. 82.

²⁾ UB. VII n. 690 S. 485.

³⁾ Gedruckt, teilweise im Auszuge, teilweise im Wortlaut, bei Schirren, Verz. livl. Geschichtsquellen in schwed. Archiven u. Bibliotheken, Dorpat 1861—68, S. 14 n. [125] p. 5—7. Den Hinweis auf diese wichtigen Festsetzungen verdanken wir Herrn Prof. Dr. L. Arbusow. Der vorstehend verzeichnete, zunächst einzige Druck ist leider arg fehlerhaft. Schirren datiert: 1442 Jan. 31, Walk, verteynhundert yar und darna in dem twe undt wyrtigsten yare des negesten midweken na sunte Pawels dage syn bekeringe. Da als Vorlage das Orig.-Perg. gedient hat, ist ein Lesefehler anzunehmen.

In derselben Absicht bestimmte die Einigung des Bischofs Bartholomäus von Dorpat in ihrem § 7, dass, wenn nach stattgehabter Trauung (brudtlacht) und während unbezweifelbarer Ehe der eine Teil entzöge, er ausgeantwortet werden muss, wenn nötig mit Hilfe des Hakenrichters, unter Auferlegung der näher angegebenen, von dem den Verstrichenen Zurückhaltenden zu entrichtenden Strafzahlung¹⁾.

Ähnliches beschloss der Öselsche Manntag i. J. 1504 für den Fall, dass einem Hakenbauer (hakeman) sein Weib entlaufen würde²⁾, und damit stimmen die bezüglichen Festsetzungen der Einigung des Ordensmeisters und des Bischofs von Ösel von 1508 überein, unter Hinzufügung der Anordnung, dass, wenn ein Bauer (man) — hier nicht speziell auf Hakenbauern bezogen — sein Weib vertriebe, die Herrschaft ihm zureden und ihn anhalten soll, sie wieder zu sich zu nehmen³⁾. Eine übereinstimmende Anordnung über die Ausantwortung entlaufener Weiber von Hakenbauern ist auch in der zwischen dem Ordensmeister und dem Elekten von Reval 1509 abgeschlossenen Einigung zu finden⁴⁾.

Von der Absicht, die Familienbände nicht zerreißen zu lassen, zeugt ferner die Einigung zwischen dem Ordensmeister und Erzbischof von 1494, wenn es dort heisst, dass, falls ein Erbbauer (erfinan) ausgeliefert wird, alle Kinder ihm folgen sollen, auch die bei dem fremden Herrn geborenen, sowie dass, wenn es sich um Brüder handelt, die jüngeren dem ältesten folgen⁵⁾.

Entführungen und ausserehelichem Zusammenleben suchte die Vereinbarung der Ritterschaften zu Wolmar 1543 März 8 (Donnerstag nach Laetare) durch die folgende Bestimmung zu steuern: „Welk bur eine derne entföret ane willen und vulbordt der frunde, den szoll men richten an den halsz; entföret he sze overst mit willen, szo szoll men sze beide ehelichen⁶⁾).

So der gesetzgeberische Wille, aber wie wurde es in praxi gehalten? Am beweiskräftigsten lässt sich offenbar die Probe auf das Exempel machen, wenn wir die oben erwähnten etwa 45 Fälle der Veräusserung, Versetzung und Verleihung von

Wenn durch den Regierungsantritt des urkundenden Bf. Heinrich von Reval 1419 Nov. als terminus a quo und durch den 1424 Ende März oder Anfang April erfolgten Tod des gleichfalls urkundenden Ordensmeisters Siegfried Lander v. Spanheim der terminus ad quem gegeben ist, so muss offenbar: twe und twyntigsten gelesen und das Datum in 1422 Jan. 28 aufgelöst werden.

1) Bunge, Standesverhältnisse S. 106.

2) AR. III n. 27 § 6.

3) ebd. n. 41 S. 137 f. § 3.

4) ebd. n. 46 § 6.

5) Oelrichs S. 151 f.

6) Hupel, N. N. M. 7. u. 8. St., S. 315 f.

Bauern ohne Land ins Auge fassen. Diese repräsentierten doch wohl die rechtloseste Klasse der Bauern. Das braucht nicht bloss gemutmasst zu werden, da von einem ausdrücklich bezeugt wird, dass er vom Galgen gelöst sei, von einem andern, dass er wegen Diebstahls zum Tode verurteilt, aber losgebeten worden wäre¹⁾.

Auch ist zu berücksichtigen, dass die Abschliessung dieser Rechtsgeschäfte und deren Beurkundung regelmässig ohne Konkurrenz der Obrigkeit kurzer Hand zwischen den beiden Interessenten erfolgte, so dass die Möglichkeit vorlag, sich über etwaige unbequeme, die freie Disposition über die betreffenden Leute beschränkende Vorschriften oder Rechtsgewohnheiten hinwegzusetzen. Hauptsächlich jedoch wird in derartigen, meist wohl von wenig rechtskundigen Personen ausgefertigten Privat-urkunden mit der merklichen Unbeholfenheit des Ausdrucks zu rechnen sein. Letzterer Umstand macht sich denn auch in dem Masse fühlbar, dass hierüber eine kurze Auseinandersetzung vorausgeschickt werden muss. Sie betrifft in erster Linie das Wort *Gesinde* oder *Ingesinde*. Darunter wurde in der Regel das Bauergut (der Bauerhof) und der Inhaber nebst seinen Angehörigen verstanden (nur Weib und Kinder oder auch im 2. Grade²⁾), seltener unter Abstrahierung vom Besitz die bauerliche Familie. Oft wurde das Gesinde (der Bauerhof) nach dem Gesindeswirth benannt, oft auch umgekehrt der Gesindeswirth nach dem Gesinde (dem Bauerhof). Keinesfalls aber durfte der Gesindeswirth als Einzelperson so bezeichnet werden, vollends nicht, wenn er nicht mehr Inhaber des Gesindes (Bauerhofes) war. Das hätte einen auf der Hand liegenden Widersinn ergeben, vor dem sich die Verfasser der Läuflingseinigungen zu hüten gewusst haben. Sie, die es nicht selten gerade mit solchen Fällen zu tun hatten, haben daher unter Gesinde die bauerliche Familie verstanden und haben, wenn sie den pater familias, einerseits, und dessen Familie, andererseits, unterschieden wissen wollten, in Ermangelung des damals noch nicht gebräuchlichen Ausdruckes „Gesindeswirth“, den Ausdruck „mann“ und „gesinde“ einander entgegengesetzt. So bemerkt denn auch Bunge: „Der Ausdruck Gesinde kommt in den drei älteren Läuflingsordnungen, der dörptschen, der rigischen von 1494 und der öselschen von 1508, häufig vor und es wird in allen dreien der einzelne Mann oder Bauer dem Gesinde entgegengesetzt“²⁾.

Hingegen haben von den Konzipienten unserer Urkunden einige in ihrer Unbeholfenheit das wunderliche *qui pro quo* fertiggebracht, den einzelnen, von der Scholle losgelösten

¹⁾ Bfl. n. 1250; 1359.

²⁾ Standesverhältnisse S. 24 A. 45.

Bauern mehrmals „gesinde“ zu nennen, so in einer Urkunde aus dem Dörptschen von 1507 Juli 12, wo Jorgen Woltershusen erklärt, dem Herrn Johann Haken „ein gesinde, geheiten Peter Suszj, met sinen nakomelingen“ überlassen zu haben¹⁾. Ferner erklärt in der Urkunde von 1509 Apr. 3 Christofer v. Tysenhusen im Kokenhusenschen, der Witwe des Arndt Stockman, die „welke gesinde under sick wonende hadde, mine erfboeren, als by namen Klawyn Placken, Jacob Eputnen, Jaen Eputnen, Hans Ranmen, Hinrick Balling, Kellusen Wytsen, — desse vorgeschrevene sos gesynde myt eren kynderen“ überlassen zu haben²⁾. In ähnlich missverständlicher Ausdrucksweise wird in der Urkunde von 1522 Sept. 9, betreffend die Abtheilung der Gebrüder Fabian und Vromolt v. Tisenhusen, die Überlassung von „twe gesinde — — ut den Kawelechtschen gudern — — alsze by namen Nane Porsast und Andres Jeger“ stipuliert³⁾. Hingegen ist in der erwähnten allerersten Urkunde über den Verkauf eines Bauern von 1495 richtig vom „buren, Marten gebeten, mit alle synem gesinde“ die Rede⁴⁾. Der Ausdruck „gesinde“ kommt aber in diesen Urkunden immerhin selten vor, vollends selten in missverständlicher Anwendung. Es wäre eine verfehlte Deutelei, unter Gesinde in der Regel etwas anderes als den einzelnen Bauern mit seinen Angehörigen verstehen zu wollen. Davon, dass sonstige Hausgenossen und Dienstboten einbezogen sein sollten, kann ernstlich nicht die Rede sein. Als selbstverständlich einbezogen wird das Weib in der Regel nicht besonders erwähnt; es geschieht nur ausnahmsweise, wo dann der betreffende Bauer mit Weib und Kindern erwähnt wird⁵⁾.

Wer mit der der mittelalterlichen Urkundensprache eigenen Vorliebe für Pleonasmen und Tautologien zu rechnen weiss, wird auf allerhand damit zusammenhängende Seltsamkeiten kein Gewicht legen, vollends nicht in diesen von Unbeholfenheit zeugenden Urkunden. Da werden überlassen ein namhaft gemachter Bauer „myt synen erven und kinderen“⁶⁾, ferner einige Bauern mit „eren kinderen, soens, erven“⁷⁾, oder auch nur der Bauer saint „alle synen szonen“⁸⁾, dann wieder ein Bauer mit dessen Kindern, „de darvon gekomen syn und noch tokumpstich geboren mogen werden“⁹⁾, und dergleichen mehr. Das alles ist im Grunde völlig belanglos.

1) GU. n. 58.

2) ebd. n. 81.

3) ebd. n. 367.

4) UB. 2. Abt. Bd. 1 n. 192.

5) GU. n. 796; Bfl. n. 1236.

6) GU. n. 453.

7) ebd. n. 580.

8) ebd. n. 779.

9) ebd. n. 706.

Ganz anders ist dagegen die Tatsache zu bewerten, dass in unserm gesamten Urkundenvorrat, wobei wir auch das noch ungedruckte, aber ziemlich vollständig gesammelte Material bis 1561 in Betracht gezogen haben, sich nicht eine einzige Urkunde gefunden hat, in welcher ein Weib (Frau oder Mädchen) anders als ungetrennt von ihren Familienangehörigen veräußert worden wäre. Auch dürfte es kein Zufall sein, dass in diesen Urkunden, die in der klar erkennbaren Absicht, nur ja nichts unerwähnt zu lassen, was kraft des betreffenden Rechtsaktes als Recht gelten soll, wobei sie in allerhand Pleonasmen verfallen, zwar die Gesindeswirte, Gesinde, Erben, Kinder und Kindeskinde erwähnt werden, aber neben den oft erwähnten Söhnen nie die Töchter. Wir können keine andere Erklärung dafür finden, als dass einem Übergreifen des Herrenrechts in das empfindlichste Gebiet des Familienrechts vorgebeugt werden sollte und tatsächlich vorgebeugt worden ist, wohlgemerkt auch wo es sich um die rechtloseste Unterschicht der Landbevölkerung handelte. Das bedeutet kein geringes Guthaben im Schuldkonto Alt-Livlands. Herr Professor Dr. L. Arbusow hat uns gegenüber dagegen eingewandt, dass die fehlende spezielle Erwähnung der Töchter sich möglicherweise dadurch erklärt, dass bei den in Rede stehenden Veräußerungen zunächst nur die ländliche Arbeitskraft in Betracht kam, wobei Frauen und Mädchen eine geringe Rolle spielten, — ferner, dass der lettischen Sprache ein dem deutschen Wort Tochter entsprechender Ausdruck fehlt, denn das aus dem Deutschen als Lehnwort übernommene Wort *meita* bedeute nicht eigentlich Tochter, sondern Mädchen. Das Gewicht dieser Einwendungen ist nicht zu verkennen, sie haben uns aber doch nicht ganz überzeugen können. Anlangend die untergeordnete Bedeutung für die ländliche Arbeiten, so sind die weiblichen Arbeitskräfte bei der Ernte doch wohl stark herangezogen worden, wie denn auch die Viehzucht und Viehpflege hauptsächlich von ihnen besorgt wurde. Was aber den in der lettischen Sprache fehlenden Ausdruck für Tochter betrifft, so wäre dieses Argument allerdings überzeugend, wenn unsere Urkunden in lettischer Sprache abgefasst wären. Das ist indes nicht der Fall. Auch ist zu berücksichtigen, dass, obwohl die estnische Sprache nicht von diesem Mangel betroffen wird, das estnische Wort *tüitar* vielmehr dem deutschen Tochter entspricht, gleichwohl in den sämtlichen, auf die estnischen Landesteile entfallenden Urkunden von Töchtern ebensowenig wie in den Urkunden aus den lettischen Landesteilen die Rede ist.

Über das, was man in späterer Zeit Hauszuchtsrecht genannt hat, wobei offenbar nur Dienstboten und Hofleute in Frage kommen konnten, schweigen unsere Rechtsbücher und Urkunden vollständig.

Es könnte vielleicht auffallen, dass, während die Rechtsbücher die Kriminalgerichtsbarkeit als Recht in „hals und hant“ bezeichnen, in den Lehnbriefen bei Aufzählung der Pertinenzen anstatt dessen meist, ohne nähere Angabe, „mit richte und rechte“ oder „mit recht und gericht“ oder „mit allen richten“ u. s. w. vorkommt, bisweilen jedoch: „mit richte un rechte, hogest und sydest“ u. s. w. Die Deutung, dass unter „sydest“ die niedere Gerichtsbarkeit, nämlich die Hauszucht, und, wie Bunge sich ausdrückt, die Polizeigerichtsbarkeit zu verstehen sei, unter „hogest“ hingegen die Kriminalgerichtsbarkeit, wäre indes nicht zutreffend. Es wurde die Formel „hogest und sidest“ mit „hals und hant“ als gleichbedeutend betrachtet und promiscue gebraucht, ohne dass dadurch ein gesondertes Forum oder verschiedene Kompetenzen angedeutet werden sollten, wie aus einigen bei Schiller und Lübben angeführten Stellen klar ersichtlich ist, so u. a.: „dat rechte, dat sydeste unde dat hogeste, dat dar heed an hant und halse“. Nicht nur dieser Umstand, sondern mehr noch, dass unsere Urkunden über die Anwendung des Hauszuchtsrechts so gut wie gar keinen Aufschluss geben, stempelt alles, was man hierüber zu sagen etwa unternehmen würde, zu wertlosen Hypothesen. Vor solchen hat sich Bunge nicht zu hüten gewusst, wenn er schreibt: „In der polizeilichen Jurisdiktion lag zugleich das Recht des Erbherrn, seine Erbbauern und Drellen wegen Widerspenstigkeit oder Dienstvernachlässigung zu züchtigen — —“¹⁾. In der Anmerkung dazu muss er jedoch gestehen, dass dieses Rechts „nirgends ausdrücklich gedacht wird“. Zugegeben, dass die Anwendung des Hauszuchtsrechts auf Hausgesinde und Hofesleute, aber nur auf diese, wahrscheinlich ist, hätte er den vieldeutigen modernen Ausdruck polizeiliche Jurisdiktion vermeiden und vollends nicht die „Drellen“ und „Erbbauern“ einander gleichstellen sollen, da ja doch zu diesen alle schollenpflichtigen Bauern, also auch die altansässigen Gesindesbauern (Hakenmänner) gehörten.

In einer 1518 vor dem erztiftischen Rate verhandelten Sache des Reinhold v. Rosen wider Heinrich Viting wegen allerhand Landzwistigkeiten wurde von letzterem gegen die verlangte Auslieferung eines verstrichenen Bauern eingewandt, dass Rosen ihn „verjagt“ hätte. Die Entscheidung über diesen Klagepunkt lautete: wenn Viting beweisen könne, dass der Bauer „von ungeborlicher straffinge und gedreng, von Reinholde gescheen, entlophen is, des soll ergeneten“²⁾, d. h. der Bauer nicht ausgeliefert werden. Will man die „straffinge“ als „Hauszucht“ oder „polizeiliche Jurisdiktion“ auffassen, so gelangt

¹⁾ Standesverhältnisse S. 15 u. A. 104.

²⁾ GU. n. 272 S. 152 f.

man andererseits zu dem sehr viel wichtigeren Ergebnis, dass bei ihrer ungebührlichen Anwendung das Recht, den deshalb entlaufenen Bauern zurückzufordern, in Wegfall kam.

Aus dem einen Falle, wo in unseren Urkunden von einem zu Tode gestäupten Bauern (doet gestupeden buren) die Rede ist, lässt sich nichts folgern, da die Urkunden darüber keine näheren Angaben enthalten und die gegen den Täter, einen früheren Gutsverwalter (lantknecht), erhobene Anschuldigung und die in der Folter erpresste Aussage des hingerichteten Schuldigen uns nicht genügten, um uns ein Urteil darüber zu bilden, ob hier von Hauszucht die Rede sein kann¹⁾. — In einem andern Falle, wo Johan v. Tiesenhausen zu Vetal auf Fürbitte seines Bruders Jorgen, des damaligen Bischofs von Reval [also zwischen 1525 und 1530] einen des Diebstahls, der Grenzverfälschung und des Entlaufens schuldigen Bauern begnadigt und wieder zu sich nimmt, nachdem er ihn hatte „questen“ lassen, worunter wir im Gegensatz zu stäupen (stupen) eine leichte Prügelstrafe verstehen, bleibt es mindestens fraglich, ob das Questenlassen als Selbstjustiz, die man als Hauszucht ansprechen könnte, aufgefasst werden darf. Da es sich um Diebstahl und Grenzverfälschung handelt, Verbrechen, auf welchen Todesstrafe stand, und sie durch unverdächtige Zeugen (sämtlich Bauern) erwiesen werden konnten, ist anzunehmen, dass die Verurteilung durch das zuständige Gericht tatsächlich erfolgt war, das jedoch, da es sich um Antragsverbrechen handelte, dem Antrage des Geschädigten, die Todesstrafe in eine leichte Prügelstrafe umzuwandeln, sehr wohl nachgeben konnte. Wir haben ja bereits einige Fälle der Lösung und Losbittung vom Galgen kennen gelernt.

Doch dem sei wie ihm wolle, aus dem wenigen, was die Urkunden über den Fall Tiesenhausen melden, lässt nichts auf harte Behandlung der Untersassen und Missbrauch der Strafgewalt schliessen. Im Gegenteil, wir erfahren da beiläufig, abgesehen von der Begnadigung, wie eben dieser Tiesenhausen „im gesinde gewesen ist tho gaste“, — wie die Beschuldigung der Grenzverfälschung nicht etwa von Tiesenhausen, sondern von einem Bauern, bäuerlichen Mietknecht (medeknecht) erhoben worden war, der seinem Gesindeswirt (huszwardt) vorgeworfen hatte, die Grenze verfälscht und des „junckern von der Saussen seine schedung von handen gebracht“ zu haben. Die vor dem Manngericht von durchweg bäuerlichen Zeugen gemachten Aussagen sind zudem völlig einwandfrei, da es sich um Dinge handelt, die das Interesse der Zeugen nicht berühren²⁾.

¹⁾ ebd. n. 635 S. 378 f.; 641 S. 389.

²⁾ ebd. n. 982–985.

Über die strafrechtlichen Bestimmungen lässt sich aus den Rechtsbüchern und aus den sog. Bauerrechten eine einigermaßen ausreichende Vorstellung gewinnen, aber um im einzelnen nicht fehlzugehen, müsste für eine kritische Textausgabe der Bauerrechte gesorgt werden, da diese gegenwärtig unter aller Kritik sind. Nur soviel sei gesagt, dass die vielen grausamen Strafen keineswegs von den Eroberern oder den Herren für die Eingeborenen oder Untersassen erdacht, sondern in der Hauptsache dem eigenen (sächsischen) Rechte entnommen worden waren und nach dem Zusammenbruch der Ordensherrschaft durchaus keine Milderung erfahren haben. Wo sich ein Eingreifen der einheimischen Gesetzgebung nachweisen lässt, ist es nicht zum Schaden der Sache geschehen. Im Gegenteil: es bedeutete einen grossen Schritt vorwärts, dass die Statuten der Rigaschen Kirchenprovinz v. J. 1428 die im Beweisverfahren oft angewandte Eisen- oder Wasserprobe (Tragen des glühenden Eisens, das Hineingreifen in einen Kessel siedenden Wassers oder die Schwimmprobe) strikt untersagten¹⁾.

In unseren Bauerrechten hatten die *Ordalien*, von denen, beiläufig bemerkt, immer nur die Eisenprobe erwähnt wird, bis dahin eine grosse Rolle gespielt, sowohl in Zivil- als Kriminalsachen. Das erwähnte Synodalverbot konnte jedoch nur in der Rigaschen Kirchenprovinz wirksam werden, die Diözese Reval mit den dem Erzbisum Lund zugeteilten Landschaften Harrien-Wierland blieben davon unberührt. Dort nahm denn auch die Anwendung der Eisenprobe ungestört ihren Fortgang. Die in der Bunge-Tollschens Brieflade erwähnten 8 Fälle gehören gar samt und sonders in das letzte Viertel des 15. und in die erste Hälfte des 16. Jahrhunderts — der letzte Fall hat 1530, also lange Zeit nach dem Synodalverbot, stattgefunden²⁾. In der Rigaschen Kirchenprovinz hingegen scheint das Verbot seine Wirkung gehabt zu haben. Abgesehen von einem Fall freiwilligen Erbietens zum Eisentragen a. d. J. 1472³⁾, wo es zudem fraglich erscheint, ob es tatsächlich dazu gekommen ist, lässt sich aus unserem gesamten Urkundenmaterial kein einziger Fall der tatsächlichen Anwendung der Eisenprobe, oder auch nur des Erbietens, nachweisen, obwohl die vielen Grenzprozesse, die wir aus dem 2. Bande in ihrem ganzen Verlauf kennen lernen, dieses Beweismittel häufig indiziert erscheinen liessen.

Es wäre jedoch ein völlig verkehrter Standpunkt, die Abschaffung der Ordalien schlankweg als einen humanitären Fortschritt feiern zu wollen. Das gilt nur unter starker Einschränkung.

¹⁾ UB. VII n. 690 S. 491 § 44.

²⁾ Bf. n. 325; 554; 650; 728; 742; 945; 950; 995.

³⁾ GU. I n. 487 S. 440.

kung, unbedingt bloss von der Anwendung als Beweismittel in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten. Auch ist zu berücksichtigen, dass sowohl in solchen als in Kriminalsachen, selbst wenn das Urteil auf Eisenprobe lautete, es letzten Endes doch immer vom Betreffenden abhing, ob er die Eisenprobe zu bestehen sich getraute. War erst die Anwendung der Eisenprobe überhaupt, also auch im Kriminalverfahren, untersagt, so war damit dem Angeschuldigten das, wie aus den Bauerrechten ersichtlich, letzte Mittel, das zu seiner Freisprechung führen konnte, genommen und dem furchtbarsten Krebschaden des Kriminalverfahrens früherer Jahrhunderte, der Anwendung der Folter, Tür und Tor geöffnet. In vollem Masse geschah das allerdings erst durch die Carolina, die peinliche Gerichtsordnung Karls V. v. J. 1532, welche, indem sie die Tortur zu einem allgemeinen Beweismittel erhob, unzählige Justizmorde verschuldet und jahrhundertlang die Welt unter ihrem Banne gehalten hat. Aus dem vorliegenden Material unserer Güterurkunden ist zu ersehen, dass die Folter nur allzubald auch in Livland Eingang fand. Wir lernen eins ihrer unglücklichen Opfer, einen früheren Gutsverwalter Hans Kerstens, kennen, der auf Grund verschiedener in der Folter ihm abgepresster Geständnisse 1535 zum Tode durch Henkershand verurteilt ward. Über die Anwendung der Folter im Verfahren gegen Bauern lässt sich nichts nachweisen, obwohl beiläufig einige Fälle erwähnt werden, wo die Folter, wenn sie Eingang gefunden hätte, anzuwenden gewesen wäre.

Als eins der wesentlichsten Merkmale vollster Leibeigenschaft gilt die Ausübung der Kriminaljustiz durch den Erbherrn, ein Recht, das um so verhängnisvoller wirken musste, da ja doch schon für geringfügige Verbrechen, so für Diebstahl von 1 Fering Wert, der Galgen vorgesehen war¹⁾. Scheinbar wird auch das altlivländische Recht von diesem Vorwurf betroffen, da der Art. 2 des in Harrien und Wierland gültigen Waldemar-Erichschen Lehnrechts von 1315 festsetzt, dass der König das Lehngut verleihen soll mit „— -- allem rechte in hals und hande, in dorpe — -- also verne alse eines mannes marke wendet — --“ und diese Bestimmung in den Stiften Eingang fand, aber freilich nur in diesen. Was im Vorwort des Waldemar-Erichschen Lehnrechts gesagt ist, dass dieses Recht auch „in der brüder lande“ gebräuchlich sei, ist eine nachweisbare Unrichtigkeit. Schon Bunge hat das nachgewiesen, er geht aber, wie uns scheint, zu weit, indem er die Unanwendbarkeit auf die Stifte ausdehnt²⁾. Fraglich bleibt unseres Erachtens nur, ob hier auf den Vasallengütern der Erbherr nur unter Zuziehung des Vogtes, des

¹⁾ Mittleres Livländ. Ritterrecht Kap. 131.

²⁾ Standesverhältnisse S. 33 § 99.

Landschreibers und des Landknechts urteilen durfte, oder auch ohne sie, bloss unter Zuziehung von zwei anderen Vasallen. Die Einigung des Ordensmeisters mit dem Erzbischof von 1494 ist hierhin nicht ganz klar¹⁾.

Dafür, dass die Kriminaljustiz in den übrigen Ordenslanden, abgesehen von Harrien und Wierland, den Vasallen vollständig entzogen war, liefert unser Urkundenmaterial einen bündigen Beweis, indem in den zahlreichen Lehnbriefen der bezügliche Passus regelmässig ausgeschaltet ist. Wenn sich unter der grossen Menge dieser nur zwei finden, in denen eine Verleihung der Gerichtsbarkeit erblickt werden könnte, aber nicht in ganz einwandfreier Weise, der dritte Fall aber unzweifelhaft eine Fälschung ist²⁾, so wird man daraus noch nicht eine Durchbrechung des Prinzips folgern dürfen. Allererst im letzten Jahrzehnt des Ordensstaates kamen nach Ausweis des noch ungedruckten Materials einige Ausnahmen vor.

Doch dem sei wie ihm wolle, die Hauptsache steht unzweifelhaft fest, dass eine Kriminaljustiz in dem Sinne, wie man sie nach dem Rechtsbegriffe einer späteren Zeit mit dem Worte verband, wonach der die Kriminaljustiz Ausübende die Schuldfrage entscheidet und die Strafe zumisst, weder dem Erbherrn, noch dem Stifts- oder Ordensvogt, bzw. dem Landschreiber oder Landknecht, zugestanden hat. Klipp und klar verordnet die mehrmals zitierte Einigung von 1494, dass die „— — rechtfinder und oldesten — — dat recht ynbringen schollen“. Sie, die Vertrauensmänner der Bauern, waren es folglich, welche die Schuldfrage entschieden und die Strafe bestimmten. Der Erbherr und die ihm beigeordneten Vasallen hatten in ihrer richterlichen Funktion nur das Recht und die Pflicht, die Verhandlungen zu leiten und auf Einhaltung der Rechtsordnung zu wachen. Auch war durch die Bestimmung der oft erwähnten Einigung von 1494, derzufolge die bauerlichen Rechtfinder und Ältesten „ut anderen gebeden“ sein sollen, der Beeinflussung durch Abhängigkeit vom Erbherrn bestens vorgebeugt.

So war denn der von der Oberschicht der Bevölkerung in Stadt und Land für sich in Anspruch genommene Rechtsgrundsatz, demzufolge ein jeder von seinen Rechts- und Standesgenossen gerichtet werden soll, *re vera* der Landbevölkerung unverkümmert verblieben, und so verwandelt sich das, was immer und immer wieder als einer der gravierendsten Vorwürfe geltend gemacht wird, bei genauerer Betrachtung in sein Gegenteil. Das gilt auch von Harrien und Wierland.

¹⁾ Oelrichs S. 152.

²⁾ GU. n. 289; 601; 550.

Immerhin war die Verleihung der Gerichtsbarkeit, sei es auch mit dieser schwerwiegenden Einschränkung, ein bedenklicher Schritt auf dem Wege bergab. Aber wo wurde er zuerst begangen? In der dänischen Provinz Harrien und Wierland, und gerade während der Zeit der dänischen Herrschaft über Estland hatten sich die bauerlichen Verhältnisse im dänischen Mutterlande äusserst kritisch gestaltet. Wie sehr das der Fall war, offenbarte sich im blutigen Bauernaufstande in Seeland 1256, der erst im dritten Jahre niedergeschlagen werden konnte¹⁾. Ist es möglich, sich der Einsicht zu verschliessen, dass die dänischen Statthalter, Vögte und Vasallen in Estland, weit davon entfernt, den dortigen Bauern ein milderes Los bereiten zu wollen, als den Bauern ihres eigenen Blutes daheim, im Gegenteil als die Träger eines gefährlichen Ansteckungsstoffes zu gelten haben, gegen den die in einem Jahrhundert fast ununterbrochener Kriege verrohten deutschen Ritter natürlich nicht immun waren? Ist es möglich, sich der Einsicht zu verschliessen, dass der zweite grosse Bauernaufstand in Dänemark i. J. 1321 gewissermassen den Auftakt bildete zum Estenaufstand von 1343? Merkwürdig wenig haben unsere Agrarhistoriker diese Einwirkungen in Rechnung gebracht, die Esten aber scheinen von vornherein sehr wohl erkannt zu haben, dass sie von dieser Seite nichts Gutes zu erwarten hätten, wie denn auch Arbusow, in seinem Grundriss der Geschichte Liv-, Est- und Kurlands, bei Erwähnung der Kämpfe der Esten i. J. 1223 hervorhebt, dass deren Angriff vorzugsweise gegen Dänemark gerichtet gewesen sei und erst in zweiter Linie gegen die Deutschen²⁾. Der Harrische Aufstand 1343 hingegen richtete sich allerdings ausgesprochenermassen gegen die Deutschen, hatte aber doch wohl agrarischen Charakter, wie wir aus dem Umstande folgern zu dürfen glauben, dass die Esten gelegentlich der Verhandlungen mit den Ordensgebietigern zu Weissenstein 1343 Mai 4, noch vor der Niederwerfung des Aufstandes, erklärten, keine Junker oder Herren haben zu wollen, dass sie aber bereit wären, dem Ordensmeister als dessen Untertanen gehorsam zu sein³⁾. Die Klagen der Esten über Martern und Plagen, die sie nicht mehr aushalten könnten, sind so allgemein gehalten, dass sich damit nichts anfangen lässt.

War erst den Harrisch-Wierischen Junkern von den dänischen Königen die Kriminaljustiz anvertraut, so verdient es Anerkennung, dass sie sich durch Rachegefühle für die Blut-

¹⁾ Vgl. Sugenheim, *Gesch. der Aufhebung der Leibeigenschaft und Hölrigkeit in Europa*, St. Pbg. 1861, S. 506 ff.

²⁾ 3. Aufl., Riga 1918, S. 32.

³⁾ AR. I n. 34.

taten des Aufstandes nicht haben verleiten lassen, das in ihre Hand gegebene Recht weit ärger zu missbrauchen, vielmehr während voller 2½ Jahrhunderten, bis zum Zusammenbruch Altlivlands, den Kern der Frage, wie wir ihn kennen gelernt haben, unberührt liessen. Sogar der Chronist Balthasar Russow, dieser fromme Eiferer, dem kein Wort des Tadels hart genug ist, um die Sünden der Väter zu rügen, wobei er in die handgreiflichsten Übertreibungen verfällt und namentlich auch über die Kriminalgerichtsbarkeit des Adels (in Harrien), die er als „hoffgericht tho halse unde tho buke“ bezeichnet — hoffgericht ist seine freie Erfindung — die Schale seines Zornes ergiesst, muss doch der Wahrheit insoweit die Ehre geben, dass er schreibt, es habe „— desülvice eddelman etlike andere vam adel nevenst etliken oldesten buren tho sick in den hoff gefordert; do hefft sick de junker des haves myt synen geförderten fründen nedder-gesettet unde den miszededer hervor bringen laten. Na der anklage hebben de menner vam adel, so im gericht geseten, keinen ordel edder sententz gefellet, besondern gantz still geschwegen, denn de oldesten buren musten allewege na oldem herkamen des landes dat recht finden unde dat ordel aver den miszdededer fellen“¹⁾.

Ein anderes sehr bemerkenswertes, aber unseres Wissens unberücksichtigt gebliebenes Zeugnis über die Handhabung der Kriminaljustiz wäre schliesslich noch anzuführen. Es ist der Pkt. 8 der 1509 Juni 24 vom Ordensmeister unter Teilnahme der Gebietiger des Ordens und der Ritterschaft von Harrien und Wierland mit dem Elekten von Reval abgeschlossenen Einigung, wo es heisst: „We syne luide an hals efte an hant richen lassen will, de sall darto nemen twe des meisters manne, den dat witlick ist, dat dat recht na eynem lantrechte gericht sy efte werde“²⁾.

Aus zahlreichen von uns edierten Urkunden wissen wir, wie grosses Gewicht die Bauern auf ihr „landrecht“ legten, wie sie zumeist in den zahlreichen Landzwistigkeiten sich zur Beweisführung bei ihrem Landrecht, bei ihrem „hohen landrecht und selen seligkeit“ erboten³⁾. Stets wird der Ausdruck „landrecht“ gebraucht, der für sich allein nie auf das Recht der Vasallen Anwendung findet. Es handelt sich folglich um ein spezifisch bäuerliches Recht, bei dessen Handhabung die bäuerliche Bevölkerung eine gewisse Autonomie ausgeübt haben muss. Andernfalls wäre es von ihr nicht so hochgehalten worden.

Aus der erwähnten Bestimmung der Einigung von 1509 ersehen wir, dass dieses Landrecht nicht nur für Landzwistig-

¹⁾ Scriptores rer. Livonicar. Bd. 2, Riga u. Lpz. 1848, S. 28.

²⁾ AR. III n. 46 S. 165.

³⁾ GU., Sachreg.: Bauern, landrecht.

keiten und dergleichen galt, sondern auch für strafrechtliche Fälle massgebend war, sowie dass den adligen Beisitzern namentlich zur Pflicht gemacht war, über die Einhaltung dieses Landrechts zu wachen. Was davon in den sog. Bauerrechten erhalten ist, können nur dürftige, noch dazu in arger Verstümmelung uns überlieferte Notizen sein.

In Übereinstimmung mit dem Livländischen Rechtsspiegel bestimmt das Mittlere Ritterrecht¹⁾, dass ein Herr, der ein Dorf hat, seinen Bauern ein „sunderlick recht“ geben möge, doch dürfe er kein Recht geben, noch sie (die Bauern) „sülven kesen, dar se de landes rechte mede krenken edder breken edder syn gewedde minderen edder [m]ehren²⁾ mögen“. Ein Auswärtiger braucht, wenn es sich um Erbe oder Gut handelt, nach so einem Dorfrecht nicht zu Recht zu stehen, auch nicht in Schuldforderungssachen. Damit war, was doch gewiss lobenswert ist, der Rechtsgewohnheit der Bauern ein gewisser Spielraum gelassen, der, wie der Passus vom Rechte, das die Bauern selbst „kesen“, erkennen lässt, durchaus nicht bloss vom Ermessen des Erbherrn abhing. Zudem war durch die gesetzliche Einschränkung hinsichtlich der notwendigen Übereinstimmung mit dem Landrecht und durch die erwähnte Aufsichtspflicht der Beisitzer allen Übergriffen bestmöglichst vorgebeugt. Leider ist uns von den Ausflüssen dieser Autonomie nichts überliefert.

Schliesslich noch ein Wort über den ständigen Ausdruck: „recht in hals und hant“ oder „over hals und hant“. Er ist aus den deutschen Rechtsquellen, wo er u. a. im Sachsenspiegel (III, 78, 1) vorkommt, in die unsrigen übergegangen und bedeutet die Straf Gewalt über schwere sowie minder schwere Verbrechen. Für schwere, auf welche die meist durch Henken oder Köpfen vollzogene Todesstrafe stand, empfahl sich „in hals“, für die anderen, deren Strate häufig im Abhauen eines Gliedes, zumeist der rechten Hand, bestand, der Ausdruck „in hant“. Diese Hand spielte zudem im Strafverfahren nicht nur als Schwurhand eine grosse Rolle. So musste bei der Klage auf Unge recht, namentlich wegen Mord und Totschlag, als corpus delicti der Körper des Erschlagenen ins Gericht eingeliefert werden.

Wenn sich solches, wie das oft der Fall war, nicht ausführen liess, genügte es, dass man ein Glied des Toten abhieb, wozu regelmässig die rechte Hand ausersehen zu werden pflegte, und diese anstatt des Körpers einlieferte, wonächst der Beschuldigte, wenn darauf erkannt wurde, auf die „tote hant“ den Reinigungseid leistete. Dieser in Deutschland noch im 16. Jahrh. vielerorts, u. a. in Holstein und Mecklenburg, herrschende Brauch

¹⁾ Buch III Kap. 56, Bungesche Ausgabe Kap. 239 f.

²⁾ wohl so zu lesen, statt „wehren“.

galt für alle Stände, doch wurde es auf besondere Bitte gestattet, anstatt der Hand des Toten eine Nachbildung in Wachs einzureichen¹⁾.

Die Übertragung dieser Sitte hierher, nach Livland, haben wir bisher nicht nachweisen können. Zwar kommt der Ausdruck *dode* oder *tote hand* in mehreren, im Urkundenbuch enthaltenen Urkunden der städtischen Rechtsprechung vor, doch handelt es sich da um privatrechtliche Streitigkeiten (Forderungs- und Anfallssachen), wo der Zusammenhang einen anderen Sinn ergibt²⁾. Auch nur in anderem Sinne wird der Ausdruck in einigen Urkunden der Bunge-Tollschen Brieflade gebraucht³⁾. Möglicherweise aber werden sich Spuren doch noch finden; es muss auffallen, dass wir in unserem Dommuseum eine verdorrte Hand besitzen, die zu dem letzten Richtschwert der Stadt Riga gehört haben soll.

Einen in den meisten Ländern, wo sich das Verhältnis zwischen den Erbherren und ihren Hörigen schlimm gestaltete, stets wiederkehrenden Klagepunkt bildete das *Jagdrecht* der Herren. Von den für uns in Betracht kommenden Ländern sei auf Dänemark hingewiesen, wo Christian III. 1537 verordnete, dass ein jeder, der einen Wilddieb ertappt, ihm beide Augen soll ausstechen oder ihn an dem nächsten Baume aufknüpfen dürfen, wozu Friedrichs II. Verbot (1573), auf den Bauerhöfen in der Nähe von Jagdrevieren mehr als einen Hund zu halten, welchem gar noch ein Vorderbein über dem Knie abgehauen werden musste⁴⁾, ein übriges tat. Man sollte meinen, dass in unserem so sehr wildreichen Lande, wo der Pelzhandel eine grosse Rolle spielte und das Pelzwerk auch zum eigenen Gebrauch mit Rücksicht auf die Winterreisen und die meist unheizbaren Wohnzimmer eine ungleich grössere Bedeutung hatte als gegenwärtig, zahlreiche Gesetze von der eifersüchtigen Pflege der grundherrlichen Jagdrechte Zeugnis ablegen mussten. Anstatt dessen schweigen unsere Rechtsbücher und Urkunden hierüber fast vollständig.

Wenn durch die vom Ordensmeister bestätigte Einigung, d. d. Wolmar 1507 Juli 25, den Bauern das Waffentragen nur gegen eine ihnen von der Herrschaft zu gebende Erlaubnis (*teken*) von 3-wöchiger Dauer gestattet sein sollte⁵⁾, so ist Bunes Annahme, dass dadurch die Bauerjagd eingeschränkt

¹⁾ Schiller u. Lübben, Mittelniederd. Wörterb., Bremen 1876, Bd. 2, S. 190 f.

²⁾ *ITB.* VIII n. 971; X n. 166; 517; XI 676; 778; XII 663; 783. Vgl. Bunge, *Gesch. des Gerichtswesens* S. 57.

³⁾ vgl. *Reg. s. v. tode Hand*.

⁴⁾ Sugenheim, a. a. O. S. 509.

⁵⁾ *AR.* III n. 36 S. 142 § 11 f.

werden sollte¹⁾, durch nichts begründet. Dieselbe Bestimmung findet sich auch in der ritterschaftlichen Einigung von 1543, nur dass die Zeitdauer des tekens²⁾ hier zu einer uneingeschränkten geworden ist.

In den langatmigen Pertinenzaußzählungen der Lehn- und Kaufbriefe wird die Jagd meist überhaupt nicht erwähnt, im II. Bande unserer Güterurkunden nur an 3 Stellen, und unter der grossen Menge von Urkunden, welche über den Verlauf von allerhand Landzwistigkeiten anlässlich von tatsächlichen oder vermeintlichen Rechtsverletzungen Aufschluss geben, fand sich keine einzige Erwähnung stattgehabter Verletzung des Jagdrechts.

Im I. Bande der GU. ist ein einziges Mal vom Jagdrecht die Rede und zwar bei Bestimmung eines neutralen Grenzgebiets zwischen Schloss Lennewaden und dem Klostergut Pepolt, in welchem Grenzgebiet die Leute von Lennewaden nach wie vor ihre Honigbäume, ihr Hölzungsrecht und ihre „wiltjacht“ behalten sollen³⁾. Wahrscheinlich um die Jagd derselben Lennewadenschen Bauern (lude) handelte es sich in der Auseinandersetzung zwischen dem Erzbischof und dem Orden zu Walk 1435 Dez. 4, in welcher festgesetzt wurde, dass besagte Leute u. a. „werkjacht und wiltjacht hebben [sullen] over der Dune, also se van oldinges dar gehat hebben unde recht darvan to donde, also andere des ordins lude — —“⁴⁾. Das Wort werk in der Zusammensetzung mit jacht ist bei Schiller und Lübben nicht zu finden, aber da werk u. a. Pelz bedeutet, wird man annehmen dürfen, dass werkjacht als Jagd auf Pelztiere von der allgemeinen Wildjagd unterschieden werden soll und hiervon oder von der Jagdbeute überhaupt dem Orden die übliche Abgabe zu entrichten ist.

Etwas mehr bietet eine Auseinandersetzung zwischen dem Komtur zu Goldingen und dem Bischof von Kurland von 1465 Jan. 30⁵⁾.

Es handelt sich da auscheinend um ein gemeinsames Jagdrevier, von dem der Komtur sagt, dass ihm, dem Bischof, und den Seinigen keinerlei neue Beschränkungen auferlegt werden sollen, die Hirschjagd (hertejacht) aber überhaupt untersagt sei, auch Hirschböcke (herte), Hirschkühe (binden) und Rehe, die in der Hegung⁶⁾ gehalten würden, nicht gejagt werden dürfen. Aber da diese Beschränkungen nicht speziell den Bauern

1) Standesverhältnisse S. 34 A. 106.

2) Hupel, N. N. M. 7. u. 8. St. S. 316.

3) GU. I n. 302 S. 285.

4) UB. VIII n. 1019 S. 631.

5) UB. XII n. 293.

6) „inne de hege“, doch wohl „hege“ zu lesen.

auferlegt werden, wird die uns beschäftigende Frage davon nicht berührt. Für diese kommt nur der folgende Passus in Betracht: „— — elende und ander wilt moszen de lude nith jagen, bet de herrschop de vorjacht¹⁾ hedde berichtet“. Was sein, des Komturs, Landknecht fange, hoffe er mit seinen Freunden ebenfalls zu geniessen, „sunder wat de buren fangen under sick, dat kummet twar nemande to gude, sunder en sulven“.

Nach dem vorstehend Gesagten scheint das altlivländische Jagdrecht die Bauern so wenig beschränkt zu haben, wie es in wenig Ländern der Fall gewesen sein dürfte.

Die Drellen, deren wir Erwähnung taten, sind, wie wir sagten, nicht lange nach der Mitte des 15. Jahrhunderts aus den jüngeren Rechtsquellen sowie aus den Urkunden verschwunden. Auch schon im I. Bande der Güterurkunden ist von ihnen nur an 3 Stellen die Rede, zuletzt 1417 im Testament des Otto von Ixkule [zu Heiligensee, früher Wollust genannt], wo es heisst: „alle drellen in myme hove, megede unde knechte, de geve ik vry unde quiet“²⁾, — also zu guter Letzt ein versöhnender Abschied. Da in der einzigen früheren Urkunde, wo von Drellen die Rede ist, der eben genannte Otto v. Ixkule transigierte, so handelt es sich vermutlich um dieselben Drellen³⁾. Freilich werden in einer 2 Jahre nach der erwähnten testamentarischen Freilassung ausgefertigten Urkunde des Ordensmeisters Drellen auch noch erwähnt⁴⁾, aber der Vorgang hatte früher stattgefunden.

Es ist bekannt, dass die Drellschaft durch Kriegsgefangenschaft, Schuldknechtschaft und Ablösung der Todesstrafe begründet wurde, dass sie gegenüber „cristenen mynschen“ gemäss Landtagsbeschluss von 1424 Okt. 25 möglichst eingeschränkt werden, nicht länger als 10 Jahre dauern und ablösbar sein sollte⁵⁾. Um die vielen mit diesem Institut zusammenhängenden, der Klärung bedürftigen Fragen in befriedigender Weise beantworten zu können, müsste ein reicheres Quellenmaterial vorliegen, dessen gegenwärtige Lückenhaftigkeit sich namentlich durch die in den „Akten und Rezessen“ klaffende Lücke deshalb besonders störend fühlbar macht, weil das Verschwinden der Drellschaft in diese Zeit fällt. So ist es dem verdienstvollen Begründer der livländischen Rechtsgeschichte Fr. G. v. Bunge, der auf ein noch

¹⁾ vorjacht fehlt bei Schiller u. Lübben; wohl in Analogie zu vortoch in der Fischerei, als Vorhand in der Jagd zu verstehen.

²⁾ GU. I n. 197 S. 211.

³⁾ ebd. n. 119 § 4.

⁴⁾ ebd. n. 210.

⁵⁾ Vgl. O. Stavenhagen, Freibauern und Landfreie in Livland während der Ordensherrschaft, Beiträge zur Kunde Est-, Liv- und Kurlands, Bd. IV, Reval 1894, S. 303 ff.

viel dürftigeres Quellenmaterial als wir angewiesen war, beim Umbertappen im Finstern passiert, dass er, nach Erwähnung des soeben angeführten Landtagsbeschlusses über die Ablösung der Todesstrafe und deren Umwandlung in Drellschaft, fortfahren konnte: „Übrigens ist es sehr wahrscheinlich, dass Landeseingeborene, besonders in Harrien und Wierland, auch sonst, und ohne diese gesetzliche Ursache, häufig zu Drellen, und zwar für immer gemacht worden sind, woraus die sog. Hofleute in späterer Zeit hervorgegangen sind“¹⁾.

Mit einem so gehandhabten „wahrscheinlich“ lässt sich drei leicht gerade machen und die Kluft der Jahrhunderte unschwer überbrücken. Prüft man Bunes Anmerkungen, wo man meist gut passende Quellenzitate zu finden gewohnt ist, so findet man hier an erster Stelle²⁾ nichts weiter als eines der bekannten Russowschen Schauergemälde, das Bunge selbst an anderer Stelle³⁾ als unzutreffend bezeichnet, und vollends überraschend ist, wie er seinen Sprung zu den „Hofleuten späterer Zeit“ rechtfertigen will. Da liest man nichts weiter als: „Von der Leibeigenschaft als Strafe handelt auch die, übrigens etwas dunkle Stelle des Hapsalschen Stadtrechts v. J. 1294 § 9: Lläuft ein Christe her vor der Heidenschaft innerhalb der Kriegszeit, der soll frei sein. Wer aber im Streite flieht vor den Heiden, der soll eigen sein und bleiben“⁴⁾. Wer sich mit dem hochdeutschen, offenbar arg korrumpierten Text zufriedengeben will, wird sich nicht gar so sehr darüber wundern, dass zwischen Landflucht und Fahnenflucht unterschieden wird. Wer aber der Sache auf den Grund gehen will, wird Napierskys Quellen des Rigischen Stadtrechts zur Hand nehmen, wo ja auch das Hapsalsche Stadtrecht und zwar in guter Textausgabe zu finden ist. Da erweist sich das Bunesche Allegat als ein wahrer Rattenkönig von Missverständnissen, der sich jedoch durch den Art. 21 des ältesten Rigischen Stadtrechts leicht klären lässt⁵⁾. Wir brauchen uns dabei nicht aufzuhalten, weil es mit der uns beschäftigenden Frage der Drellschaft nichts zu tun hat und mit den Hofleuten erst recht nichts.

Bunes Vorgang soll uns aber warnen, das Dunkel, in dem sich die Drellschaft verliert, nicht durch Vermutungen ausfüllen zu wollen. So mag denn auch die von Engelhardt⁶⁾ gestellte Frage, ob nicht von den ohne Land veräusserten Leuten einige Nachkommen von Drellen waren, bis auf weiteres der Lösung harren. Der Umstand, dass es sich in zwei unter den von uns

¹⁾ Standesverhältnisse S. 12.

²⁾ Anm. 64.

³⁾ Anm. 84 und 91.

⁴⁾ Anm. 65.

⁵⁾ S. 7 § 21; S. 35 § 47.

⁶⁾ Gutsherrschaft S. 112.

angeführten Fällen erwiesenermassen um Leute handelt, welche vom Galgen gelöst worden waren, drängt die Anknüpfung an die Drellen geradezu auf.

Sollte es sich erweisen, dass man die Drellschaft hatte obsolet werden lassen, wie solches den Anschein hat, anstatt sie durch Gesetz oder Verordnung förmlich aufzuheben, so wäre das eine eben damals um so verhängnisvollere Unterlassung gewesen, als der römisch-rechtlichen Lehre von der Servitus, vom Precarium und der Emphyteusis, welche seit der Mitte des 15. Jahrhunderts u. a. in Deutschland mächtig an Boden gewannen, zum Schaden der weiteren Entwicklung der Agrarfrage die Wege nach Livland gebahnt worden wären.

Wie die Drellschaft sich hierzulande im Dunkel verliert, so taucht sie auch aus dem Dunkel auf. Im Verfolgen ihrer Spur stossen wir anfänglich auf die Schwierigkeit, dass die Urkunden- und Chronikensprache bis gegen Ende des 13. Jahrhunderts die lateinische war und wir in so abgefassten Schriftstücken dieses Wort nicht suchen dürfen, obwohl das Institut sicher bekannt war. So findet sich denn auch der Nachweis im Hapsalschen Stadtrecht, freilich nicht an der von Bunge, noch dazu nach einem fehlerhaften Text, zitierten Stelle, aber an einer andern und zwar als Überschrift, die wir nach der guten Napierskyschen Ausgabe¹⁾ hier zitieren: „van eigen drellen, de wechlopen“. Nun kommt aber der in Livland, wie es scheint, vollkommen eingebürgerte Ausdruck drell im übrigen niederdeutschen Sprachgebiet sonst nicht vor; Schiller und Lübben führen nur livländische Quellen an²⁾. Das berechtigt zur Annahme, dass wir mit dem Worte auch das Institut aus Skandinavien überkommen haben.

Das Wort träl (schwed.) für Sklave, anord. [th]raell, entlehnt im ags. [th]raell, (engl. thrall) — — in ält. dän. trael für harte Arbeit. Das treffliche Norw.-Dän. etymol. Wrthb. v. H. S. Falk u. Alf. Torp, dem wir dieses in kurzem Auszuge entnehmen, wobei wir in Ermangelung der Type uns mit dem eingeklammerten [th] behelfen mussten, schliesst: „Mnd. drelle „sklave“ ist möglicherweise nord. Lehnwort“. Das stimmt damit überein, dass namentlich das Hapsalsche Stadtrecht skandinavischen Einflüssen ausgesetzt war.

Wir haben ja noch einen andern mit den Agrarverhältnissen zusammenhängenden Ausdruck angenommen, der ebenfalls skandinavischer Herkunft sein dürfte. Es ist das in unseren Güterurkunden oft vorkommende Wort sokunge³⁾, sokinge, in der

¹⁾ S. 46 f.

²⁾ Bd. 1 u. Bd. 6 (Nachtr.), s. v. drelle, drell.

³⁾ sogn (Kirchspiel), schw. socken, anord. sókn f. Kirchspiel, Gemeinde, asächs. sócn, u. a. f. Gerichtsbezirk. Falk u. Torp S. 1105.

Zusammensetzung borchsokunge und kleitsokunge für Burggebiet und Kletengebiet, später hd. umgebildet in Burgsuchung und aus Missverständnis hin und wieder gar in Bergsenkung korrumpt. Schiller u. Lübben geben die Bedeutung mit Bezirk, Gebiet wieder, vermögen aber nur livländische Quellen zu zitieren, welche verhältnismässig hoch (bis 1253) hinaufreichen, wobei sie die höchst bemerkenswerte, in unserer agrargeschichtlichen Literatur unbemerkt gebliebene Stelle der Urkunde von 1288 Juni 23 über die Abtretung des Hofes Alpie seitens des Abtes von Falkenau an den Orden auführen: „villam, Lykewalde dictam, cum vacua villatura Vyavere dicta, que wüste dorpsükinge dicitur“¹⁾.

Diese skandinavischen Lehnwörter sind lange nicht alles, was in unserem Deutsch sowie im Lettischen und Estnischen an sprachlichen Hinweisen auf alte skandinavische Beziehungen in unseren Schriftdenkmälern zu finden ist. Ist es doch Dr. N. Busch soeben gelungen, den vorliegenden Band der Güterurkunden durch den Nachweis zu bereichern, dass die dort erwähnte Benennung eines Grenzsteines (Schmörgell) im Gebiet Rodenpois mit einem vorchristlichen skandinavischen Opferkult zusammenhängt. So was aufzuspüren und zu verwerten muss den Männern von Fach vorbehalten bleiben, die beiden erwähnten Ausdrücke jedoch berührten die uns beschäftigende Frage so unmittelbar, dass wir uns entschlossen mussten, ihren unsers Wissens bisher unberücksichtigt gelassenen skandinavischen Ursprung zur Geltung zu bringen.

Dass drell (träl) und sokunge (socken) weder von den Letten noch Esten übernommen worden sind, stört unsere Deduktion in keiner Weise; es zeigt nur, dass die Sprachbeeinflussung eine unmittelbare gewesen ist.

Ist mit dem Worte auf das Institut der Drellschaft übernommen worden, so gewiss in bedeutender Milderung der Lage der Drellen, die ja doch in der Blütezeit der Wikinger ihres Gebietes absolutes Eigentum waren. Er konnte seinen Drellen nach Belieben veräussern, verstümmeln, töten, ihn zur Verübung jedes beliebigen Verbrechens verwenden, und von einer Ehe des Drellen war keine Rede.

Schon während des 13. Jahrhunderts war in allen skandinavischen Ländern eine bedeutende Erleichterung im Lose der Drellen eingetreten und im 14. Jahrhundert wurde die Drellschaft obsolet, ohne jedoch durch Gesetz aufgehoben zu werden, was nur in Schweden geschah, wo Magnus Erikson zu Ehren der hl. Jungfrau und zum Heile der Seele seines Vaters und seines Oheims 1335 verordnete, dass niemand, von christlichen Eltern

¹⁾ Schiller u. Lübben IV S. 461. — ÜB. I n. 246; 248; III 521 n.

geboren, Sklave sein oder heissen dürfe. Noch wichtiger war, dass er einen Lehnadel mit an die Scholle gebundenen Hörigen nicht aufkommen liess, im Gegensatz zu Dänemark, wo sich dieser Krebschaden zu den ärgsten Auswüchsen entwickelte, — ein Krebschaden, der, wie wir wissen, auf das damals dänische Estland nicht ohne Einfluss geblieben sein kann und sich von dort aus weiter verbreiten musste¹⁾).

Wir haben, indem wir unsere Untersuchung in der Weise antraten, dass wir alle uns bekannt gewordenen Fälle der Veräusserung von Leuten ohne Land unter die Lupe nahmen, von vornherein in den dunkelsten Winkel hineingeleuchtet. Das war doch wohl die rechtloseste Schicht unserer Landeseingeborenen. Nichtsdestoweniger erwies es sich, dass sie Eigentümer ihrer beweglichen Habe geblieben waren, — dass ihr Ehe- und Familienrecht keine Beschränkung erfahren hatte, — endlich, dass die scheinbar dem Erbherrn zugesprochene Jurisdiktionsbefugnis in Kriminalsachen tatsächlich nicht von ihm, sondern, wie für alle Bauern, so auch für diese, von ihren Rechts- und Standesgenossen gehandhabt wurde.

Auch als Läuflinge haben wir besagte Leute kennen gelernt. Dass es hauptsächlich bei Gelegenheit des Wiedereinfangens von Läuflingen zu Ausschreitungen und Härten gekommen sein muss, ist von vornherein klar und wird auch durch die Verhandlungen der Harrisch-Wierischen Ritterschaft mit Reval im 16. Jahrhundert ausser Zweifel gestellt. Dass es zu meist dort zu Konflikten aus solchem Anlass gekommen ist, lag zum grossten Teil gewiss an der ungünstigen Entwicklung, welche die Lage der Bauernschaft daselbst erfahren hatte, teilweise aber wohl auch daran, dass in der Erbitterung des Streites beide Teile das vom Gegner begangene Unrecht übertrieben. Wir sagen beide Teile und ziehen daraus die Lehre, dass, was von Reval aus solchem Anlass vorgebracht worden war, als historisches Material nur mit Vorsicht benutzt werden sollte. Jedenfalls muss es auffallen, dass es zu ähnlich zugespitzten Streitigkeiten zwischen Riga und dem Landadel nie gekommen ist. Das gesamte Material beider Bände der Güterurkunden enthält eine einzige an Riga gerichtete Aufforderung wegen Auslieferung eines Läuflings²⁾. Es handelte sich um einen vom Ordensmeister Plettenberg zurückgeforderten Bauern des Jorgen Berlin³⁾.

¹⁾ Vgl. Sugenheim S. 501 ff.

²⁾ GU. II. n. 478.

³⁾ Einige im UB. VII n. 228—30 enthaltene Auslieferungsanträge des Bischofs von Kurland a. d. J. 1424, in denen es sich um die Auslieferung von Drellen, Schuldnern und gerichtlich Verurteilten handelt, kommen für uns weniger in Betracht.

Wenn, was als feststehend gelten kann, nicht häufig die Notwendigkeit vorlag, Auslieferungsanträge an Riga zu richten, obgleich Riga sich ebenso wie Reval zum Grundsatz „Stadtluft macht frei“ bekannte und das sehr viel grösser Stadtterritorium hier das Entweichen erleichterte, so wird man folgern dürfen, dass die Bauernschaft des Erzstifts und dieser Ordensgebiete ihre ökonomischen Verhältnisse und ihre Rechtslage für erträglich gehalten haben muss. Aber wann und wo auch die Notwendigkeit, entwichene Leute wiedereinzufangen oder sich ausliefern zu lassen, eingetreten sein möge, nie hat man in Alt-Livland, Harrien und Wierland nicht ausgenommen, annähernd so barbarischer Mittelsich bedient, wie sie mehr als 200 Jahre danach anderwärts herrschender Brauch waren und von den Machthabern unserer ehemaligen russischen Regierung auch uns an die Hand gegeben wurden. Erinnerung sei an das Patent des livländischen Gouverneurs Fürst Koribut Golitzin v. 28. Febr. 1719, worin es als „vor Ihro Zarischen Majestät hohes Interesse vor unentbärllich geachtet“ wurde, eine gewisse Strafe „vor (bäuerliche) Deserteurs und Läuflinge selbst zu verordnen“, und zwar indem sie „entweder an der Stirn gebrandmahlet oder die Nasen und Ohren ihnen abgeschnitten werden“¹⁾. Auch noch einige Jahrzehnte später musste Friedrich der Grosse Wandel zu schaffen suchen in ähnlichen Verhältnissen, wie solche in der preussisch-pommerschen Läuflingsordnung zum Ausdruck gelangten, derzufolge die Namen entlaufener Leibeigener (nicht Verbrecher) an den Galgen genagelt und die wiedereingefangenen mit glühenden Eisen gekennzeichnet wurden²⁾. Wären derartige Massnahmen hierzulande während des Bestehens des Ordensstaates üblich gewesen, so hätten sie nicht verborgen bleiben können, da ja doch die Läuflingsordnungen bekannt sind und Reval sich solche Ungeheuerlichkeiten nicht hätte entgehen lassen. Wenn aber hier ausnahmsweise Verordnungen aus späterer Zeit erwähnt werden, so sei gesagt, dass sich von einer Anwendung des angeführten Patents nach dessen Erlass im 18. Jahrhundert, auf Antrag oder im Interesse livländischer Gutsbesitzer, keine Spur gefunden hat. Ob etwa die staatlichen Autoritäten gegen verstrichene Kronsbauern und militärische Deserteure davon Gebrauch gemacht haben, mag dahingestellt bleiben.

Nehmen wir die gekennzeichnetete Rechtslage der auf der tiefsten Stufe stehenden Hörigen, so glauben wir nicht zu viel zu sagen, wenn wir behaupten, dass sie im Vergleich zu nicht wenigen Gegenden von Italien, Spanien, Frankreich, Deutschland

¹⁾ Samml. der Patente, unter dem angegebenen Datum.

²⁾ Sugenheim, a. a. O. S. 381 A. 4.

und Dänemark — von Russland und Polen gar nicht zu reden — noch sehr gut abgeschnitten haben würde.

Wenn in einer unserer Urkunden über allerhand Landzwistigkeiten die Bauern von den strittigen Ländereien erklären, dass diese nur Gott und ihnen, den Bauern, gehörten, so klingt uns daraus die Stimme selbstbewusster und behäbiger Grundbesitzer entgegen. Dieser Ausspruch erhält dadurch, dass er vor dem vasallischen Forum, dem erzstiftischen Manngerichte, getan worden und unwidersprochen geblieben war, erhöhtes Gewicht¹⁾. Die vielen ähnlichen Aussprüche, wo vom Bauerlande, von der Bauern „olden besit und hebbenden were“, von ihren „olden besloten marken“²⁾ die Rede ist, lassen die verhältnismässig wenigen Fälle, in denen eine Ausdehnung der Hofesländereien auf Kosten der Bauerländereien nachweisbar ist, als Ausnahmen von der Regel erscheinen.

In den anlässlich der fortwährenden Grenz- und Besitzstreitigkeiten in grosser Menge verhandelten Prozessen, deren Austragung wir durch alle Instanzen, bis hinauf ins Reichskammergericht, verfolgen können, lernen wir die Bauerschaft des einen Gutes regelmässig in engster Streitgenossenschaft mit ihrer Gutsherrschaft gegen die Gutsherrschaft und Bauerschaft des andern Gutes kennen. Die Streitgenossenschaft ist oft eine so enge, dass es bisweilen schwer fällt, zu sagen, wer eigentlich der Geschädigte ist: die Gutsherrschaft oder die Bauerschaft? Uns ist kein einziger Fall bekannt, wo eine andere Gruppierung der sich widerstreitenden Interessen zutage getreten wäre, wo etwa die Bauerschaften zweier Güter sich gegen die Junker dieser Güter zusammengetan hätten, wie es doch wohl zu erwarten gewesen wäre, wenn auf der Bauerschaft als solcher der von der Nachwelt behauptete übermässige Druck tatsächlich gelastet hätte.

Dass das grosse, von uns daraufhin durchgesehene Urkundenmaterial ungeeignet sein sollte, um sich hierüber ein Urteil zu bilden, können wir nicht gelten lassen, denn obwohl regelmässig ein Junker gegen seinesgleichen in die Gerichtsschranken tritt, sind es häufig agrarische und bäuerliche Angelegenheiten, um die es sich handelt, wobei, was nur irgend geeignet erscheint, den Gegner in ein schlechtes Licht zu stellen, mit grösster Schonungslosigkeit aufgedeckt wird, zu welchem Zwecke ganze Scharen bäuerlicher Zeugen vorgeführt und vernommen werden. Auch haben wir uns mit unserem eigenen Urkundenmaterial, wie reichhaltig es auch sein möge, nicht zufriedengegeben, sondern meinten auch die Urteile des Harrisch-Wierischen Rates in Be-

¹⁾ GU. n. 271.

²⁾ Vgl. Sachreg., Bauern, Ländereien.

tracht ziehen zu wollen. Es sind nicht weniger als 402 Urteile in geschlossener Folge von 1492—1548. Aber der Eindruck, den man aus ihnen gewinnt, ist, obgleich wir uns in den verrufensten Teil Altlivlands versetzt sehen, kein wesentlich anderer als der aus dem Aktenmaterial der anderen Landesteile gewonnene.

Unter diesen und anderen Urteilen aus den estnischen Landesteilen, die wir gar auf Grund der Stichwörter im Register der Bunge-Tollschens Brieflade: „Erbleute, deren Behandlung und Belastung“ daraufhin speziell geprüft haben, fand sich ein einziges, wo es sich um wirklich gravierende Vorkommnisse handelt, von denen indes erst gesprochen werden darf, wenn die Klage in Erweis gestellt oder aber ausdrücklich oder stillschweigend zugestanden worden ist. In diesem einzigen Falle, der, beiläufig gesagt, nicht in Harrien-Wierland, sondern in der Wiek stattgefunden hatte und auf dem Mantage zu Hapsal verhandelt wurde, erscheint der gravierende Tatbestand, der darin bestand, dass der reconveniando Beklagte des Klägers Hofmeier zur Erde geschlagen, die Bauern mit Röhren und Spiessen zur Arbeit angetrieben und ungehörig beschätzt hatte, als bedingtermassen zugestanden. Aber die Hauptsache ist doch wohl, wie das Gericht geurteilt, ob es sich der Konnivenz schuldig gemacht hat. Das trifft keineswegs zu, vielmehr wird die erwähnte Handlungsweise ausdrücklich als „unerhörte Gewalt“ bezeichnet, welche „an das Höchste zu strafen“ sich eigne, wie denn auch solches vorbehalten blieb¹⁾.

Anlangend speziell die Verhältnisse der Bauerschaft in den ausgedehnten Ordensgebieten, so wäre nichts ungerechter, als den Orden der Bauernschinderei zeihen zu wollen. Wenn sich die Agrarverhältnisse in Harrien und Wierland ungünstiger gestaltet hatten als in den Stiften und namentlich die Verschiedenheit in der Handhabung der Kriminaljustiz hervorgehoben wird, so beweist der Umstand, dass, wie wir nachgewiesen haben, in den Ordensgebieten mit Ausnahme von Harrien und Wierland die Kriminaljustiz den Vasallen vorenthalten blieb, wie die Zuteilung der Kriminaljustiz in diesem Landesteil nicht vom Orden, sondern von der dänischen Krone verschuldet worden ist.

Der weitaus grösste Teil der Landfreien und Freibauern entfiel auf das Ordensgebiet, manche von ihnen mit recht namhaftem Besitzstande, den sie, wie die sog. kurischen Könige, teilweise bis auf den heutigen Tag haben behaupten können. Was der II. Band der GU. an bezüglichlichen Urkunden bietet, ist nicht viel, ein offenbar verschwindend geringer Überrest des einstigen Urkundenbestandes. Immerhin sind es mehrere Urkunden, die samt und sonders auf das Ordensland entfallen. Wenn

¹⁾ Bfl. n. 1343.

Russow¹⁾ bei Schilderung des übermütigen Treibens gelegentlich der Kirmes-Trünke der „junkern, landtfryen, düdeschen und undüdeschen, de wat sonderlikes weren“, als einer bevorzugten Gesellschaftsklasse besonders gedenkt, unter Einbeziehung der undüdeschen, so kann es deren nicht ganz wenige gegeben haben. Von einer dieser Schicht entsprossenen Familie in Kurland, den von Gayl, hat Ed. v. Firks²⁾ nachgewiesen, dass es ihr geglückt war, die ständische Kluft zu überbrücken. Es ist schwer anzunehmen, dass es die einzige gewesen sein sollte.

Sicherlich war es nicht pure Bauernfreundlichkeit, die den Deutschen Orden zum Beschützer der Bauernfreiheit werden liess.

Sugenheim schreibt: „Bis in die letzten Zeiten der Herrschaft des Deutschen Ordens war dort [in Ost-Preussen] wie in ganz Preussen die Leibeigenschaft unbekannt geblieben“³⁾.

Unter den „letzten Zeiten“ versteht Sugenheim die letzte Zeit vor dem 2. Thorner Frieden (1466). Mit Recht meint er, dass dieses in die Geschichte des Ordens tief einschneidende Ereignis namentlich auch auf die Gestaltung der bauerlichen Verhältnisse von verhängnisvollem Einfluss gewesen sei, — einmal, weil infolge der Abtrennung Westpreussens die „im Sarmatenreiche längst bestehende Leibeigenschaft“ unvermerkt dort eingeführt wurde, — sodann, weil auf die durch den Krieg arg gelichtete Bauerschaft (waren doch von 21,000 Dörfern nur 3020 nachgeblieben) ein grosser Teil der gewaltigen Kontributionszahlung abgewälzt werden musste. Unmittelbar wurde Livland vom Zusammenbruch des Ordens in Preussen allerdings nicht betroffen, aber doch nicht wenig in Mitleidenschaft gezogen. Schon nach dem 1. Thorner Frieden (1411) war, wie aus dem kürzlich erschienenen Hefte unserer Ständeakten⁴⁾ zu ersehen, der bedenkliche Weg beschritten worden, der Ordensbauerschaft in Livland eine Geldsteuer aufzuerlegen. Wie weit man auf diesem Wege nach dem 2. Thorner Frieden fortgeschritten war, wird sich zeigen, wenn die Ausgabe der Ständeakten so weit gediehen sein wird.

Seltsamerweise ist von diesem Moment in unserer Agrargeschichte bisher noch garnicht Akt genommen worden.

War bereits seit dem 1. Viertel des 13. Jahrhunderts dadurch, dass Dänemark in Estland festen Fuss fasste, in die Entwicklung der Bauerverhältnisse hierzulande ein Keil hineinge-
trieben, der nicht ohne schlimme Folgen bleiben konnte, da

¹⁾ Ausg. v. 1584 Bl. 31 b.

²⁾ Jahrb. f. Genealogie, Heraldik und Sphragistik, Jahrg. 1898, Mitau 1899, S. 59—81.

³⁾ S. 366.

⁴⁾ AR. I S. 155.

im folgenden Jahrhundert der Zugehörigkeit Estlands zu Dänemark die bauerlichen Verhältnisse Dänemarks in vollem Niedergange begriffen und auf dem Wege bergab soweit gediehen waren, dass bereits in der Mitte des 14. Jahrhunderts sämtliche Fronen auf den Gütern der Krone und der Kirche in Dänemark für ungemessene galten¹⁾, so musste die Mitleiden-schaft, in welche das livländische Ordensland durch den Zusammenbruch Preussens hineingezogen worden war, um so verhängnisvoller wirken, als seit der 2. Hälfte des 15. Jahrhunderts die römisch-rechtliche Lehre von der Servitus und dem Precarium sich sieghaft die Katheder aller deutschen Universitäten unterwarf, so sehr, dass auch die führenden Geister der Kirchenreformation sich ihr nicht zu entziehen vermochten.

Unter solchen Umständen erwarten zu wollen, dass Livland dem allen hätte widerstehen sollen, wäre völlig unhistorisch. Es ist schon viel, dass der überkommene Rechtszustand nicht viel tiefere Eingriffe erfuhr, sondern im grossen ganzen erhalten blieb.

Dieser Zustand ergab ein sehr viel günstigeres Bild, als man es darzustellen gewohnt ist, aber es setzte sich grossenteils aus kleinen Einzelzügen zusammen, von denen der eine oder andere vielleicht beanstandet werden wird. Auch sind wir darauf gefasst, dass, sofern das Gesetzes- und Verordnungsrecht herangezogen wurde, eingewandt werden könnte, wie Gesetz und Praxis oft weit auseinandergehen, das Urkundenmaterial aber nicht so gross und vielgestaltig sei, um alles belegen zu können.

Unter Verzicht auf das, was sich darauf erwidern liesse, wollen wir die Gegenprobe in der Weise unternehmen, dass wir die allbekannten grossen Zeitereignisse hüben und drüben in Betracht ziehen und in ihnen die Auswirkungen der uns interessierenden Zustände zu erkennen suchen.

Vor allem, wie will man es erklären, dass, während seit dem letzten Viertel des 15. Jahrhunderts bald hier, bald da in Deutschland, unter der mit fortwährender Beschränkung der persönlichen Freiheit verbundenen, zunehmenden Last des agrarischen Druckes, die zur Verzweiflung gebrachte Bauerschaft sich gegen ihre Bedrücker erhob, bis dass unter Mitwirkung der die Glaubensspaltung bewirkt habenden Faktoren der 1525 in Süd-deutschland tobende grosse Bauernkrieg weit abgelegene Gegenden im fernen Nordosten in dem Masse bedrohte, dass Albrecht von Brandenburg, der letzte Hochmeister Deutschen Ordens und erste Herzog in Preussen, des im Samlande ausgebrochenen Bauernaufstandes trotz geschehener Unterwerfung der Bauern nicht anders als durch Vollziehung von 50 Hinrichtungen Herr

¹⁾ Sugenheim S. 506.

werden zu können vermeinte¹⁾, — wie will man es erklären, dass in Livland gleichzeitig alles ruhig blieb?

So stürmisch, wie in Riga und Dorpat die Kirchenreformation ihren Einzug gehalten hatte, waren hier alle Voraussetzungen für ein Ausarten der Bewegung gegeben. Zuallermeist in Reval. Wenn, wie bekannt, in Deutschland die Ideen und Pläne, die den Bauernkrieg zum Ausbruch brachten, von den Städten aus propagiert worden waren, so war das in Reval, wo sich die Gegensätze zwischen der Bürgerschaft und der Harrisch-Wierischen Ritterschaft zu äusserster Schärfe zugespitzt hatten, um so mehr zu gewärtigen, da ja doch die Bürgerschaft in diesen Streitigkeiten die Sache der Bauern zu ihrer eigenen gemacht hatte und alles sich darum drehte. Dass in der Tat städtische Unruhestifter an der Arbeit gewesen sind, hat L. Arbussow in seinem Werke: „Die Einführung der Reformation in Liv-, Est- und Kurland“ konstatiert, auch hält er es nicht für ganz ausgeschlossen, dass die im Revaler Ratsarchiv aufgefundene niederdeutsche Fassung der 12 Artikel der oberdeutschen Bauern damit in Zusammenhang stehe²⁾. Auch an sonstigen Einflüsterungen kann es nicht gefehlt haben. Hatten doch bereits 1514 die drei städtischen Gilden Revals in einer an den Ordensmeister in der Läuflingsangelegenheit gerichteten Streitschrift auf die Gefahr aufmerksam gemacht, dass wir „von undudeschen natiën“ damals in Reval „alrede mank uns mer wenn to vele hebben, angezen dat gemenliken alle unse knechte und megede bokant hebben, den drudden mynschen gebarne Sveden und Denen zyn“³⁾. Dank Revals lebhaftem überseeischem Handel muss alles, was in Deutschland, Dänemark und Schweden vorfiel, in den Revalschen Gesindesstuben widergeklungen und durch die auch dort stark vertretenen Esten seinen Weg aufs flache Land gefunden haben. Es ist tatsächlich schwer anzunehmen, dass man hier vom deutschen Bauernkriege, vom Grimm der dänischen Bauern über die vorzüglich seit dem Regierungsantritt Friedrichs I. alle früheren Drangsale über treffenden Unterdrückungen und, im Gegensatz dazu, von Gustav Vasas Bauernschutz in Schweden, keine Kenntnis gehabt haben sollte.

Wenn man nicht das Axiom: „Gleiche Ursachen, gleiche Wirkungen“ ausschalten will, wird man annehmen müssen, dass die grosse Masse der bäuerlichen Bevölkerung ihre Lage nicht als eine gar so drückende empfunden haben kann. Grössere

¹⁾ A. Seraphim, Soziale Bewegungen in Altpreußen i. J. 1525. Altpreuss. Monatsschr. Bd. 58 Heft 1 S. 1—69.

²⁾ Leipzig n. Riga 1919, S. 723 u. 833 Zus. zu S. 810 Z. 15 v. u.

³⁾ AR. III n. 61.

oder geringere Aussichten auf Erfolg sind erfahrungsmässig nie und nirgends für den Ausbruch von Aufständen bestimmend gewesen. Wenn man nichtsdestoweniger in der Rücksichtnahme auf vermutete Aussichtslosigkeit eines Bauernaufbruches den Grund seines Unterbleibens erblicken wollte, so hätte doch wohl der verhaltene Hass gegen die Unterdrücker sich mit um so elementarerer Gewalt Bahn brechen müssen, als ein Menschenalter später, nach dem Zusammenbruch der Herrschaft des Ordens und der Bischöfe, Schweden, Dänen, Polen und Russen mit wechselndem Glück um die Herrschaft rangen und die ihres Schutzes beraubten Junker der Rache der von ihnen angeblich so arg gepeinigten Bauern schutzlos preisgegeben waren.

Russow, der als Zeitgenosse über diese Kämpfe berichtet, der als logische Folge und gerechte Strafe der von ihm geschilderten Verfehlungen eine derartige Erhebung zur Geltung hätte bringen müssen, weiss von einer einzigen, in den Zeiten der äussersten Not, im Herbst 1560, stattgehabten Erhebung ganz lokaler Natur zu berichten, deren Bedeutungslosigkeit darin zum Ausdruck gelangt, dass sie, wie er sagt, alsbald von „Christoffer Monnickhusen mit etlicken havelüden“ bei Schloss Lode in der Wiek niedergeschlagen werden konnte. Als Grund hätten die Bauern übermässige Belastung mit Zins und Schatzung angegeben, aber auch, dass man sie schutzlos dem Moskowiter preisgegeben habe¹⁾. — Der sog. Bauernkrieg der estnischen Bauern von 1580 aber war keineswegs gegen die Junker gerichtet, sondern galt den Moskowitern und deren Untertanen und zwar so ausgesprochenermassen, dass die estnischen Bauern aus Estland bei ihrem Einfall in das unter russische Botmässigkeit gebrachte Stift Dorpat mit den dortigen Esten um nichts glimpflicher verfahren wie mit allen anderen Untertanen des Zaren. In Reval, wo man die Sachlage damals doch wohl kennen musste, waren es viele zufrieden, andere aber sagten: „Ydt were nicht recht, dat men den buren und allen loszdryvern solcken willen geve, de armen buren tho beströffen unde de lande tho vordervende, unde effte wol de armen lüde des Muscowiters underdanen sint, dar sint se wedder eren willen tho gedwungen unde weren der Dñdeschen underdanen lever also des Muscowiters.“²⁾. Wenn diese von einem zeitgenössischen Gewährsmann, der von der Absicht, beschönigen und verschweigen zu wollen, weit entfernt war, verbürgten Tatsachen mit der Annahme durchgängiger Knechtung und Entrechtung der Landbevölkerung unvereinbar sind, so gilt das erst recht von dem, was Russow über die wirtschaftlichen Zustände berichtet. Diese letzte, etwa 50-jährige

¹⁾ Russow, *Ausg.* v. 1584 Bl. 49b.

²⁾ *das.* Bl. 121 a, b.

Friedenszeit — die einzige, von der die livländische Geschichte Kunde gibt — war von so langer Dauer, dass die Folgen agrarischer Misswirtschaft und ausgebildeter Leibeigenschaft nicht hätten verborgen bleiben können. Hing doch in unseren, von der Natur wenig gesegneten Landstrichen das Gedeihen der Landwirtschaft vorzüglich von relativ normalen agrarischen Zuständen ab. Nun, diese Probe haben sie anscheinend glänzend bestanden, wenn Russow zu berichten weiss, wie allein Harrien, obwohl es doch nur einen kleinen Teil von Livland ausmacht, während der Dauer von 30 Wochen aus der eigenen Ernte einer Armee von 30,000 Mann den Unterhalt habe gewähren können, unangesehen ausserdem vom Feinde Tausende mit Produkten beladener Schlitten abgeführt worden wären. Schliesslich aber hätten die Einwohner, Edellente und Bauern, gesagt, sie wollten es für nichts achten, wenn es dabei sein Bewenden haben würde¹⁾.

Ist es denkbar, dass so was hätte geschafft werden können, wenn die Äcker von einer in schwerer Leibeigenschaft schmach tenden Landbevölkerung hätten bestellt werden müssen, — wenn in der Tat alle Stände in fortwährenden Saufgelagen dahingelebt hätten, zugleich den ärgsten, das Familienleben zersetzenden Ausschweifungen frönend? Das und nichts anderes ist ja doch die Summe von Russows Schilderungen der letzten Jahrzehnte der Ordensherrschaft. Dass er allein schon dadurch seine Schilderungen unglaublich macht, hatte er sich nicht überlegt, wie er ja auch sonst sich in allerhand Widersprüche verstrickt. So, als er, von den früheren Zeiten erzählend, beweglich schilderte, wie die armen Bauern in Livland — hier begnügte er sich nicht mit Harrien und Wierland — von ihren Junkern ihrer gesamten Habe beraubt worden wären, so dass deren Kinder nackt und bloss an der Feuerstätte der Herren hätten liegen oder in den Städten Betteln müssen, auch die Bauern um nichts und wieder nichts, ohne Rücksicht auf hohes Alter, unbarmherzig von den Junkern und ihren Verwaltern (Landknechten) mit Ruten gestrichen worden wären, „unde kein bur konde disser tyrannye anich syn, ydt was denn sake, dat he ryke was unde sick alle tydt mit einer stattlicken geschenke lösen künde“²⁾. Hier kommen höchst unerwartet „reiche“ Bauern zum Vorschein, die offenbar recht reich gewesen sein müssen, wenn sie von der ihnen von solchen Tyrannen zugedachten Bestrafung sich allzeit mit stattlichen Geschenken loszukaufen vermochten. Aber nicht nur von einzelnen reichen Bauern, auch von grossen „vermögenden“ Dörfern³⁾ weiss er zu berichten, und wo er auf die Kirmesfeiern

¹⁾ Ausg. v. 1578 Bl. 134; Engelhardt, Gutswirtschaft S. 115 f.

²⁾ Ausg. v. 1584 Bl. 18 b.

³⁾ ebd. Bl. 31 a.

zu sprechen kommt, die nicht nur an den Aposteltagen, sondern auch gelegentlich anderer Kirchenfeste stattfanden, zu denen sich die Bauern mit Weibern, Mägden und Knechten schon tags zuvor von weit und breit einfanden, schildert er ihre die ganze Nacht und bis in den nächsten Tag hinein währenden Schwelgereien gerade ebenso wie die der Herren und erzählt: „ydt was nicht eine geringe schande, wenn ock de armeste bur gegen kerkmisse nicht beer gebrewet hedde“¹⁾).

Wenn das der ärmste Bauer vermochte, so wird man folgern dürfen, dass die Lage der livländischen Bauern keine schlechte gewesen sein kann. Zum Nachweise der Unglaubwürdigkeit der vom Ankläger gemachten Vorwürfe durften wir die von ihm unwillkürlich gemachten Zugeständnisse utiliter akzeptieren, werden uns aber andererseits davor hüten müssen, danach unsere Vorstellungen zu bilden. Noch bleibt der Quellenforschung viel zu tun übrig, bevor die Wissenschaft sich zufrieden geben kann.

Von der Anschauung ausgehend, dass vor allem für Quelleneditionen gesorgt werden müsse, sind wir der Meinung gewesen, dieser Pflicht an unserem Teile in der Weise am besten genügen zu können, dass wir da Hand anlegten, wo die Berufstätigkeit uns das Arbeitsgebiet anwies. So entstand das vorliegende Urkundenwerk.

Die vorstehenden Ausführungen bezweckten hauptsächlich, weitere Kreise, für welche so ein Urkundenbuch unter allen Umständen ein äusserst sprödes Material darstellt, das zudem unter den heutigen Verhältnissen des Büchermarktes Vielen schwer zugänglich sein dürfte, in dasselbe einzuführen.

Das konnte nicht wohl anders geschehen, als indem bei Anknüpfung an die in der einschlägigen Fachliteratur sich äussernden Anschauungen mancher Anschauung widersprochen und manche Spezialfrage als weiterer Klärung bedürftig bezeichnet wurde.

Ins Auge gefasst wurde namentlich die Rechtslage der Bauern, deren Familienrecht, das Läuflingswesen und was damit zusammenhing, sowie der Gerichtsstand. Das allerwichtigste Gebiet der Agrargeschichte, die Grundbesitzverhältnisse betreffend, haben wir, sofern es sich um den bauerlichen Grundbesitz handelt, nur soweit gestreift, wie es um des Zusammenhanges willen geschehen musste. Das nähere Eingehen meinten wir der monographischen Behandlung durch rechtshistorisch gebildete Nationalökonomien vorbehalten zu sollen. Es wäre zu wünschen, dass solche bald ans Werk gehen möchten. Auch dafür bieten unsere „Güterurkunden“ viel Neues. Abwarten

¹⁾ ebd. Bl. 31b.

wollen, bis dass das Quellenmaterial relativ vollständig vorliegen wird, hiesse die Forschung auf ungewisse Zeit in ihrem schon allzu lange währenden Stillstande verharren lassen. Aber welche Frage es auch sei, der man näbertreten möge, als untentbehrlich und unaufschiebbar erweist sich eine neue Gesamtausgabe der sog. „Bauerrechte“. Auch wir haben deren Mangel auf Schritt und Tritt als lähmend empfunden. Es ist hochehrfreulich, dass diesem Mangel voraussichtlich durch Herrn Professor Dr. Leonid Arbusow bald abgeholfen werden wird.

Geschlossen Riga, 1. Dezember 1923.
